

Gärtner=Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der
Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Offizielles Organ des

Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin)

(seit dem 1. Januar 1904 mit der Deutschen Gärtner-Vereinigung vereinigt).

Mitglieder des Allg. Deutschen Gärtner-Vereins erhalten die Zeitung gratis.

Erscheint
wöchentlich jeden
Sonnabend.

Jährlich
52 Nummern.

Abonnements
nehmen alle Post-
anstalten entgegen.

Preis vierteljährlich
3.90 Mark.

Redaktion und Expedition:

Berlin N. 37, Metzger StraÙe No. 3.

Eigentümer und Herausgeber:

Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.

Redaktionsschluss:

Jeden Dienstag Morgen.

Spezialbetrieb u. Arbeitskraft. (Schluß.)

III. Spezialgroßbetrieb und Fachausbildung.

Sehen wir uns einmal die Lehrlingsausbildung, wie auch die Gelegenheit zur Weiterbildung des Gärtnergehilfen im Gärtnerberufe an. Vergleichen wir hier wieder Groß- und Kleinbetrieb. Früher war es allgemein Praxis, in den gemischten Betrieben der Kleinstädte die Gärtnererei zu erlernen. Zu lernen gibt es in diesen Betrieben für den Lehrling ja ziemlich viel, er wird gewissermaßen in den gesamten Gartenbau eingeführt; aber was er lernt, das ist von jedem etwas; nichts Halbes, aber auch nichts Ganzes. Früher mag ja ein derartiges Wissen für den angehenden Gehilfen genügt haben, aber gegenwärtig bezeichnet man einen derartigen Ausgelernten als einen Bedauernswerten. Heutzutage belegt man eine alles umfassende kleinstädtische Gärtnererei mit dem Namen „Bruchkrauterei“. — Für den angehenden Gärtner bietet der Branchenbetrieb wohl die beste Lehrstätte. Der Lehrling lernt zwar nicht alles, was den Gartenbau umfaßt; aber was er lernt, damit kann er sich wenigstens sehen lassen. Als Lehrstätte ist der Branchenbetrieb vorzuziehen, nicht der Spezialbetrieb; denn von einem Ausgelernten verlangt man nicht, daß derselbe schon einwandfreie Pflanzen zieht. Der Branchenbetrieb ist am besten geeignet, dem Lehrling die Elementärkenntnisse anzueignen.

Anders aber verhält es sich schon mit der Ausbildung im Spezial- und Großbetrieb. Dieser Fortschrittsbetrieb kommt als Lehrstätte schon wieder mehr hintenan zu stehen, da derselbe infolge seiner Einseitigkeit den Anforderungen der Ausbildung nicht mehr entspricht. — Ist schon der kleine Spezialbetrieb nicht mehr für die Ausbildung angebracht, so trifft dieses in noch viel größerem Maßstabe im Großbetriebe zu. Haben wir somit gesehen, wie es sich mit der Lehrlingsausbildung in den verschiedenen Betrieben verhält, so werden wir im folgenden sehen, welche Anforderungen der Branchenbetrieb einerseits und der Großbetrieb andererseits an das Personal stellt. Ferner werden wir sehen, was beide Betriebsarten dem Personal in Bezug auf die geistige Weiterbildung bieten, wie das Berufsinteresse gefördert wird und welche Stellung der einzelne Gehilfe einnimmt.

Der Branchenbetrieb wie auch der kleine Spezialbetrieb bedarf tüchtiger Gehilfen mit guter fachlicher Vorbildung, um dadurch dem Großbetrieb mehr Widerstand entgegenbringen zu können. Die Gehilfen haben in diesen Betrieben den Vorteil, daß sie zu sämtlichen

Arbeiten zugelassen werden, wodurch das Interesse zum Berufe ungemein gefördert wird. Besonders trifft dieses beim Branchenbetrieb zu. Jeder Gehilfe geht mit dem Bestreben in die weite Welt, sich in seinem Fache weiterzubilden und den Beruf wirklich kennen zu lernen. Der Branchen-, wie auch der kleine Spezialbetrieb, kommt also insofern dem Verlangen der Gehilfen entgegen.

Ganz anders ist die Sachlage im Großbetriebe. Dieser stellt an den eintretenden Gehilfen nicht solche großen Anforderungen bezüglich der Fachausbildung. Natürlich wird der Großunternehmer tüchtige Fachkräfte nicht verschmähen; aber die Produktionsmethode des Großbetriebes zeigt uns ganz genau, welche Anforderungen an das Personal gestellt werden. — Alljährlich, zumeist im Frühjahr, werden die Großbetriebe förmlich von den Gehilfen bestürmt, und so mancher, anfangs Glückliche, wird schon nach kurzer Zeit einsehen, daß er in Wirklichkeit ein Unglücklicher unter dem Joche des Großunternehmers ist. Auf die Lohn- und Wohnungsverhältnisse der Riesenbetriebe näher einzugehen, ist nicht Aufgabe dieses Artikels; jedoch sei hervorgehoben, daß der Großbetrieb trotz aller Vorteile (siehe: der gärtnerische Spezial- und Großbetrieb) in dieser Hinsicht sehr viel zu wünschen übrig läßt. Schuld daran ist nur der gewaltige Zudrang, wie auch die Ungeschlossenheit der Gehilfenschaft.

Der neu eintretende Gehilfe wird im Großbetriebe meistens einer Arbeitskolonne zugeteilt; in den seltensten Fällen aber wird er sofort zu den besseren Arbeiten kommen. Wer es soweit gebracht hat, in den Häusern arbeiten zu können, kann sich als Glückspilz betrachten. Aber auch selbst in dieser bevorzugten Stellung wird die Arbeit, infolge der Spezialisierung und Eintönigkeit, auf die Dauer ermüdend und abstumpfend wirken. Der aufmerksame Gehilfe wird gar bald bemerken, daß es dem Großgärtner nicht darum zu tun ist, den Gehilfen die Arbeit zu erleichtern, sondern daß sein Bestreben nur darauf gerichtet ist, seine Gehilfen durch eine weise Arbeitsmethode und geschäftliche Kniffe auszunutzen. Diesem Bestreben dienen die Spezialisierung, die Arbeitsteilung, die Kooperation u. a. m. Dem Großgärtner ist es gleich, in welchen Kulturen der Gehilfe vordem gearbeitet hat; denn er weiß zu gut, daß damit noch nicht die Fähigkeit des Gehilfen erwiesen ist; zudem ist ja die Kulturweise in seinem Großbetriebe eine ganz andre wie in den kleineren Betrieben. Hinein in die Arbeitskolonne! so

lautet die Losung des Ankömmlings. Jetzt beginnt die Eintönigkeit der Arbeit. Jeden Tag dieselbe Arbeit.

Mir ist es aufgefallen, daß etliche Gehilfen in Dresdener Großbetrieben wochenlang weiter nichts zu tun hatten als Scherben klopfen, Erde karren und mischen, Gießen und Schattieren, Handlangerdienste machen etc. Gar zu früh schon stumpft das Interesse der Gehilfen ab, sie verwünschen die Arbeit und wären am liebsten sofort wieder fortgelaufen, wenn sie nur könnten. Die ungünstige Jahreszeit, der niedrige Lohn binden die Überdrüssigen an den verwünschten Großbetrieb. Einer allzu großen geistigen Regsamkeit und Überlegung bedarf die Kolonnenarbeit nicht, weil das tägliche Einerlei den Gehilfen zur Maschine herabwürdigt. Der Gehilfe bekommt morgens seinen Auftrag, und instinktmäßig wird die Arbeit verrichtet.

In diesem Stadium ist der Gehilfe für den Großbetrieb reif, jetzt hat er sich „eingefuchst“, und mit verhältnismäßig geringem Aufsichtspersonal kann der Großgärtner seine mechanisch arbeitenden Kolonnen-Gehilfen beaufsichtigen. Ob nun der Gehilfe grobe oder bessere Arbeiten zu verrichten hat, ändert nichts an der Sache; die Abtötung nicht nur des Interesses, sondern auch der Intelligenz geht durch den ganzen Großbetrieb. Eine Abwechslung tritt höchstens ein, wenn der Gehilfe einer andern Kolonne einverleibt wird; aber nur kurze Zeit, dann wird wieder instinktmäßig gearbeitet. Der Nachteil, welcher den Gehilfen durch die Spezialisierung, die Massenproduktion und durch die Arbeitsteilung erstet, tritt im Großbetrieb offen an den Tag.

Weniger auffällig ist es, wie der Unternehmer, trotz der so fein zergliederten Arbeit, es versteht, sein Personal noch auf indirekte Weise anzuspornen. Dieses geschieht, indem man den Arbeitskräften die Arbeit in Haufen, Reihen, Beeten, Quartieren oder sonstwie zuerteilt und mehrere Gehilfen zugleich arbeiten läßt. Unter den Gehilfen wird dann ein Wettarbeiten vor sich gehen, da keiner als Nachzügler angesehen werden will. Auch das gesellschaftliche Hand in Hand arbeiten, die Kooperation, ist infolge ihrer großen Vorzüge sehr beliebt. Kann doch der Unternehmer bei dieser Arbeitsmethode Intelligente und Unintelligente, Kräftige und Schwächlinge zusammen benutzen, wie schon im vorausgegangenen Kapitel erwähnt wurde. Eine eingearbeitete Kraft oder eine Ober-Persönlichkeit macht den Vordermann, und nun müssen sämtliche Mitarbeitenden mit aller Zähigkeit und Energie mitschuffen, um

nicht die ganze Gesellschaft ins Stocken zu bringen. So müssen sich die Gehilfen oft für wenige Pfennige abrackern; tun sie es nicht, so werden sie als arbeitsfaul bezeichnet. Übrigens gehen hierüber die Ansichten in der heutigen sozialen Moral-Anschauung weit auseinander.

So offenbart sich der Großbetrieb in seiner wahren Gestalt, und die meisten Gehilfen werden dem Großbetrieb gerne den Rücken zuwenden. — Müssen wir denn den Großbetrieb als Unterdrücker der kleinen Existenzen, als Ausbeuter des Arbeitspersonals bekämpfen? — Nein! — das können wir nicht, denn die Konzentration des Kapitals ist unvermeidlich und mithin auch der Untergang der Kleingärtner. Wir können den Großbetrieb sogar als einen Betrieb des Fortschritts begrüßen, da derselbe es ermöglicht, die Produkte schneller, billiger und schöner herzustellen. Der Großbetrieb ermöglicht uns am besten die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne.

Wie aber verbessert das Personal der Großbetriebe seine wirtschaftliche und soziale Lage am wirksamsten? Nur dadurch, indem sich das gesamte Personal der Großbetriebe einmütig organisiert und sich nicht etwa durch wenige Pfennige Mehrlohn, durch sogenannte „bessere“ Arbeiten oder gute Worte von der Organisation abhalten läßt. Die Nachteile der Großbetriebs-Produktionsweise kann nur eine einmütige Gehilfenschaft beseitigen. Die lange, abstumpfende Arbeitszeit muß verkürzt werden, und die Löhne sind den wirtschaftlichen Verhältnissen gemäß zu erhöhen. Dann kann man sich als Mensch am gesellschaftlichen Leben beteiligen und Vergnügen, Konzerte, Theater besuchen, man kann sich nützliche Lektüren beschaffen, weil man mehr Geld in Händen hat, und zum Studium derselben die nötige freie Zeit besitzt. — Also: Nur durch die Organisation vermögen wir die nachteiligen Wirkungen des Großbetriebes auszugleichen und uns eine menschenwürdige Stellung zu erobern.

Friedrich Karlmann.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1908.

III.

Die Ausgaben der Kartelle werden hauptsächlich gedeckt durch feste Beiträge, die von den angeschlossenen Gewerkschaften erhoben und in der Regel pro Mitglied berechnet werden. Daneben bestehen noch als Einnahmequellen Überschüsse aus Veranstaltungen und Unternehmungen. Von den 606 an der Statistik-beteiligten Kartellen erheben einen festen Beitrag pro Mitglied 599. Von 2 Kartellen wird als Beitrag ein bestimmter Betrag von jeder verkauften Beitragsmarke berechnet. Zwei weitere Kartelle erheben von den Gewerkschaften eine bestimmte Pauschalsumme und 3 Kartelle haben über die Beitragsleistung keine Angaben gemacht. Unter den 599 Kartellen, die feste Beiträge pro Mitglied erheben, befinden sich 102, welche getrennte Beitragsleistung für die Kartellkasse und das Sekretariat haben. Die Zahl der Kartelle mit einem Beitragsatz bis höchstens 20 Pf. beträgt 102. Einen Beitrag von 21—80 Pf. erheben 383 Kartelle. 70 Kartelle erheben einen Beitrag von 0,81—1,20 Mk. Bei 37 Kartellen beträgt der Beitrag 1,20—2 Mk. Einen Beitrag von über 2 Mk. erheben 7 Kartelle. Der höchste Beitrag beträgt 3 Mk. und wird von einem Kartell erhoben. Die Beitragsleistung hat sich wieder stark nach aufwärts bewegt. Die Zahl der Kartelle, die einen Beitrag von höchstens 20 Pf. erheben, ist seit 1907 von 19,9 Proz. auf 16,8 Proz. zurückgegangen; die Durchschnittsbeitragsleistung ist von 56,2 Pf. auf 60,7 Pf. gestiegen.

Über Einnahmen und Ausgaben der Kartelle liegen aus 589 Orten Angaben vor. Diese 589 Kartelle hatten insgesamt Einnahmen: an Beiträgen 610446 Mk., an Streiksammlungen 9987 Mk., an sonstigen Einnahmen aus den Überschüssen von Veranstaltungen und Unternehmungen, Sammlungen,

Schriftenvertrieb usw. 275858 Mk. Die Gesamteinnahme betrug 896291 Mk. Dieser Gesamteinnahme steht eine Ausgabe von 883158 Mk. gegenüber.

Stellt man Einnahme und Ausgabe für Streiks außer Berechnung, so ergibt sich für das Jahr 1908 gegenüber dem Jahre 1907 eine Vermehrung der Gesamteinnahmen um 101657 Mk. und eine Erhöhung der Gesamtausgabe um 186477 Mk.

Die Kassenbestände der 589 Kartelle betragen am Schluß des Jahres 1907 471770 Mk. und am Schluß des Jahres 1908 484903 Mk. Es ist demnach eine Vermehrung der Kassenbestände von 13133 Mk. eingetreten.

Bei der Verteilung der Ausgaben auf die einzelnen Posten (ohne Streiks) für die Jahre 1907 und 1908 ergibt sich folgendes Bild:

Es verausgabten für	1907		1908	
	Kartelle	Mk.	Kartelle	Mk.
Agitation	447	65 081	448	84 427
Arbeitervertreterwahlen	218	29 082	240	29 322
Statistische Erhebungen	58	5 441	84	7 007
Herbergen und Arbeitsnachweis	60	12 615	78	14 739
Gewerkschaftshäuser u. Versammlungssäle	74	72 652	90	82 086
Auskunferteilung, Bibliothek und Lesehallen	393	213 069	449	239 403
Verwaltung: Gehälter, Miete, Verwaltungsmaterial, Inserate usw.	465	134 428	522	189 058
Sonstige Ausgaben	492	150 713	547	223 516
Summa	—	683 081	—	869 558

Die Ausgaben sind bei allen Positionen, und zumteil recht erheblich gestiegen. Unter den Ausgabe-posten für Verwaltung sind von einer ganzen Anzahl Kartelle auch Kosten für Auskunferteilung verrechnet worden. Wie hoch die dafür ausgegebenen Summen unter diesem Ausgabe-posten sind, läßt sich aus den Kassenberichten nicht feststellen.

Die Einnahmen und Ausgaben für Unterstützung von Streiks und Aussperrungen sind gegenüber dem Jahre 1907 stark zurückgeblieben. Es wurden zu diesem Zweck 102440 Mk. weniger vereinnahmt und 101629 Mk. weniger ausgegeben. Die größeren Summen des Jahres 1907 sind in erster Linie darauf zurückzuführen, daß von der Generalkommission im gleichen Jahre in sechs Fällen Aufrufe zur Sammlung von Geldern zur Unterstützung streikender Gewerkschaften des In- und Auslandes ergingen, während solche für das Jahr 1908 unterblieben. Dadurch hat sich die Unterstützungssumme, die von den Kartellen für auswärtige Streiks abgeführt wurde, um 82045 Mk. verringert. Bei der Verringerung der Ausgaben für Streiks am Orte seitens der Kartelle mag zunächst die ungünstige wirtschaftliche Konjunktur von Einfluß gewesen sein, die naturgemäß die Zahl der Angriffsbewegungen der Arbeiterschaft zurücktreten läßt. Aber auch die immer mehr sich steigernde finanzielle Leistungsfähigkeit der Zentralverbände, die sich auch auf die Zweigvereine erstreckt, bildet ein wesentliches Moment für das Zurücktreten der Unterstützungen bei Streiks durch die Kartelle. Dies kann als ein erfreulicher Entwicklungsgang der deutschen Gewerkschaften angesehen werden.

Wenn wir uns in jedem Jahr aufgrund von gut durchgeführten statistischen Erhebungen mit der Entwicklung der Kartelle der freien Gewerkschaften beschäftigen, so erscheint es auch angebracht, ähnliche Einrichtungen der gegnerischen Gewerkschaften aufmerksam zu verfolgen. Die für uns dabei in Frage kommenden Organisationen: die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und die christlichen Gewerkschaften, haben es bis jetzt vorgezogen, sich über die Zahl und Stärke ihrer Ortsgruppen auszuschweigen. Die Angaben, die wir darüber zu machen vermögen, verdanken wir den Informationen unsrer Kartellfunktionäre. Sie können nicht als vollständig angesehen werden, weil sie nur gemacht sind für die Orte, in denen Kartelle der freien Gewerkschaften bestehen und es selbst dort schwierig hält, von den gegnerischen Gewerkschaften zuverlässiges Zahlenmaterial zu erhalten.

Nach den uns gemachten Angaben bestanden: In 153 Orten (1907: 161) Ortsverbände der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, denen 606 (1907: 542) Ortsverbände angeschlossen sind. In 135 Orten (1907: 124) waren Kartelle der christlichen Gewerkschaften vorhanden, denen 691 (1907: 551) Zweigvereine angehörten. In 20 Orten bestehen Hirsch-Dunckersche Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsbüros, und in 94 Orten befinden sich christliche Sekretariate oder Volksbüros.

Bei der Unvollständigkeit des Materials lassen sich aus den für die Jahre 1907 und 1908 gegebenen Zahlen bestimmte Schlußfolgerungen über die Entwicklung der gegnerischen Kartelle nicht ziehen. Unsre Kartelle werden aber gut tun, dort, wo sie mit gegnerischen Kartellen zu rechnen haben, alle Kräfte anzuwenden, um die Ausdehnung der freien Gewerkschaften zu fördern und damit die vollständige Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen.

Wie die früheren Statistiken der Kartelle der freien Gewerkschaften, so gewährt uns auch die des Jahres 1908 einen guten Einblick in ein reiches, vielgestaltiges Bild gewerkschaftlicher Tätigkeit. Die steigende Entwicklung der Kartelle, besonders aber die eingetretene Vermehrung derselben seit dem Jahre 1907, kann mit als ein Zeichen dafür gelten, daß die Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung selbst nicht in einer Periode der drückendsten wirtschaftlichen Krise gehemmt werden können. Ja, solche Zeiten erscheinen sogar geeignet, den festeren Zusammenschluß der Gewerkschaftsmitglieder zu fördern. Und dieses Moment wird wieder dazu beitragen, einen kräftigen numerischen Aufstieg der freien Gewerkschaften herbeizuführen, sobald mit einer günstigeren wirtschaftlichen Konjunktur eine größere Bewegungsfreiheit der Arbeiter eintritt.

Mögen die Gewerkschaftskartelle sich stets der hohen Aufgaben, die sie im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung zu erfüllen haben, bewußt bleiben. Mögen die Kartelle auch fernerhin besonders bemüht sein, nach besten Kräften mitzuarbeiten an der Ausdehnung der freien Gewerkschaften und der Vertiefung des Klassenbewußtseins bei der deutschen Arbeiterschaft.

C. Herrmann.

Ausbau der Arbeitsnachweise.

Eine wichtige Angelegenheit für die Organisation, die auch auf der Generalversammlung beraten werden muß, ist der Arbeitsnachweis. Derselbe ist für uns aus verschiedenen Gründen, die ich hier nicht erörtern kann, so wichtig, daß wir uns da mehr mit befassen müssen. Eine gewisse Regelung, die aber nicht überall durchgeführt zu sein scheint, hat ja schon in diesem Jahre durch Einführung einheitlicher Formulare und Vorschriften, sowie gegenseitiger Austausch über die Lage des Arbeitsmarktes im ganzen Reiche stattgefunden. Notwendig ist, daß alle kleineren Orte ihren Arbeitsnachweis denen der zunächst liegenden größeren Stadt, in der wirklich von einem Arbeitsnachweis die Rede sein kann, angliedern. Sämtliche Arbeitsnachweise stehen in regelmäßiger, monatlicher Verbindung. Die Lage des Arbeitsmarktes wird gegenseitig ausgetauscht, sei es, daß die Berichte erst an den Agitationsbezirk oder direkt an die Zentrale in Berlin gehen. Das Letztere wird das Zweckmäßigste sein. Das Resultat muß zusammengestellt und in der nächsten Zeitungsummer veröffentlicht werden und wird auf einem Plakat in allen Arbeitsnachweisen ausgeschrieben werden. Die Bekanntmachung muß enthalten, wieviel Kollegen in den verschiedenen Orten arbeitslos sind, resp. wieviel gesucht werden, wo Aussicht ist, Arbeit zu erhalten, resp. am schnellsten welche zu bekommen ist, oder ob auf alle Fälle der Zuzug unterbleiben muß. Hierdurch wird den arbeitslosen Mitgliedern ein großer Dienst erwiesen und können wir den Wechsel in vernünftige Bahnen lenken. (In Verbindung mit den Anträgen 61 und 69.)

Allerdings ist diese Art des Arbeitsnachweises zur Hauptsache nur für die jungen Kollegen der gewerblichen Betriebe. Für die Privatgärtnerei und überhaupt für die älteren Mitglieder kommt dies weniger in Frage. Es müssen also andre Wege gesucht werden, und lassen sich diese auch finden. Ob sie brauchbar sind, muß die Zukunft lehren. Man befürchtet, daß die Besitzer der Privatgärtnereien sich auf unserm Nachweis nicht melden werden. Das ist von den jetzigen Nachweisen auch behauptet worden und doch führen dieselben sich immer mehr ein. Ich denke mir die Sache aber etwas anders.

Der Gründung einer Reichsaktion der Privatgärtner stand ich zuerst ablehnend gegenüber. Nach gründlicher Überlegung aber nicht mehr, weil wir ihr einen greifbaren Zweck geben können. Bilden sich genügend Sektionen der Privatgärtner, so treten diese mit den Einzelmitgliedern, die Privatgärtner sind, zu einer Reichsaktion zusammen. Die Leitung übernimmt die Berliner Sektion, weil zweifelsohne die stärkste und weil dort der Hauptvorstand seinen Sitz hat, unter dessen Oberleitung die Sektion steht. Die Berliner Sektion übernimmt den Arbeitsnachweis unter ihrem Namen (wie derselbe lautet, ist gleichgültig), und sorgt auf die verschiedenste Art für genügende Bekanntmachung desselben. Gleichzeitig sind alle Kollegen der Sektion verpflichtet, die frei werdenden Stellen, die ihnen bekannt werden

und, sofern die Bedingungen gut sind, sofort an den Zentralstellennachweis zu melden. Alle Einzelheiten sind dann noch näher zu bestimmen. Auf diese Art hätten wir einen Grund gelegt, bei energischer Unterstützung und geschickter Leitung hätten wir Aussicht auf Erfolg und würde ein solcher Arbeitsnachweis für die Sektion gleichzeitig ein wichtiges Agitationsmittel sein. — Ein Korrespondenzblatt, ähnlich dem der verschiedenen Agitationsbezirke, würde das notwendige Bindemittel für die Sektion werden, die außer dem Arbeitsnachweis auch noch die Aufgabe hätte, die Mißstände in den verschiedenen Privatstellen zu erforschen und der Öffentlichkeit zu übergeben.

Ähnlich dieser Sektion wäre eine solche für die Mitglieder der städtischen Gärtnerreien zu schaffen. Die Sammlung von Material und einheitliches Vorgehen in den verschiedensten Angelegenheiten wäre die Aufgabe derselben. Der weitere Ausbau der Sektionen hängt selbstverständlich von deren Entwicklung ab. Richtig geleitet, würden dieselben ein wichtiges Bindeglied und Agitationsmittel für die Kollegen der betreffenden Branchen sein.

Josef Busch, Hamburg.

Unsre Bibliotheken.

Eine andre Sache, die meiner Ansicht nach ebenfalls erörtert werden muß, sind unsere Bibliotheken (§ 2 Abs. 2 der Statuten). Wie steht es damit heute? Die Hauptverwaltung hat eine Bibliothek; ebenso verschiedene Zweigvereine. Was ist aber darin enthalten und wieviel? Das weiß kein Mensch. Zweifellos ist aber, daß sehr viel unnützes Zeug und „alte Schmöcker“ vorhanden sind, wie es auch zweifellos ist, daß eine gute Bibliothek von ungeheurem Nutzen ist. Es wäre wohl die Möglichkeit vorhanden, alle bestehenden Bibliotheken unsrer Organisation zu einer gemeinsamen Zentralbibliothek zu verschmelzen und je nach Bedarf den Zweigvereinen eine Anzahl Bücher zur Verfügung zu stellen und nach Bedarf wieder umzutauschen. Der Umtausch könnte dann zweckmäßig zwischen den sich nahe liegenden Orten stattfinden. Die Orte, wo eine gute Bibliothek vom Kartell oder der Stadt vorhanden ist, erhalten keine Bücher der Schönliteratur, der Natur- und Sozialwissenschaft, weil diese in genannten Bibliotheken meistens vorhanden sind und müssen unsre Mitglieder angehalten werden, diese Bibliotheken fleißig zu benutzen. Bücher der Fachbibliothek müssen sie von der Zentralbibliothek erhalten, weil diese in den Bibliotheken am Orte nicht zu haben sind.

Überhaupt müssen wir der Beschaffung von guter Fachliteratur mehr Aufmerksamkeit zuwenden. Ich habe hier in Hamburg die Erfahrung gemacht, wenn solche Fachwerke vorhanden sind, dieselben sehr viel und mit Vorliebe von jungen und älteren Kollegen benutzt werden. Es ist bei der Anschaffung sehr zu beachten, daß die neuen Bücher nicht schon „alte Schmöcker“ sind, die manchmal 10 bis 15 Jahre alt sind; diese haben in der Fachbibliothek meistens keinen Wert mehr. Die Orte nun, wo keine öffentlichen Bibliotheken vorhanden sind, müssen auch Bücher der Schönliteratur und Sozial- und Naturwissenschaften erhalten. Es wäre aber ein Fehler, meiner Ansicht nach, große dicke Bücher mit manchmal schwierigem Inhalt zu versenden. Ich schlage hier für die Schönliteratur vor, die kleinen und billigen Hefte von Reklam und der Wiesbadener Volksbibliothek sowie die Bücher des deutschen Hauses und die der Deutschen Dichter Gedächtnisstiftung zu verwenden. Für die Naturwissenschaften die Kosmosbibliothek und für die Sozialwissenschaften die Broschüren und Bücher unsrer Partei- und Gewerkschaftsverlage. Die kleinen Bücher und Hefte, ganz gleich welcher Wissensgebiete, werden am meisten gelesen und sind zur Vorbildung notwendig. Wer daran seinen Gefallen und sich hineingearbeitet hat, der wird sich auch die größeren Werke selbst beschaffen können. Unrichtig ist es, einem Anfänger im Lesen oder einem Gelegenheitsleser einen mächtigen Band in die Hand zu drücken. Es kommt hierbei auch noch in Betracht, daß bei Verlust von Büchern, mit dem doch gerechnet werden muß, der Schaden bei diesen kleineren Büchern nur gering ist. Das viele dieser Hefte nur broschiert sind, wird der Sache keinen Abbruch tun. Zur Hauptsache werden wir unser Augenmerk außer der Fachliteratur der Schönliteratur zuwenden müssen; gute Romane und Erzählungen, weil das am meisten gelesen wird, und da ist es wichtig, für guten und hinreichenden Stoff zu sorgen. Sollte es sich herausstellen, daß die Einrichtung zu einer solchen Zentralbibliothek nicht möglich oder zu schwierig

ist, so ist darauf Bedacht zu nehmen, daß der Ausbau der örtlichen Bibliotheken nach der angegebenen Richtung hin, falls dieselbe für richtig befunden wird, vorgenommen wird. Das Beste ist, bei derartigen Schritten die Hauptverwaltung oder den Bezirksvorstand zu Rate zu ziehen; die Anschaffung aber immer durch den Hauptvorstand bewerkstelligen zu lassen. — Die Notwendigkeit dieser Bildungsarbeit ist zur Genüge bei der Erörterung der Bildungsfrage betont worden. Hier können und müssen wir praktisch anfangen.

Josef Busch, Hamburg.

Organisationsfragen.

XIII.

Mit nicht geringem Erstaunen ersahen wir aus No. 27 unsres Organs, daß Hamburg unter No. 17 einen Antrag zur General-Versammlung einbringt, nach welchem der erst im April d. J. errichtete Posten eines besoldeten Bezirksleiters des vierten Bezirkes zum 1. Oktober 1909 wieder aufgehoben werden soll.

Hauptvorstand und Ausschuß haben diese Erziehung für notwendig erachtet und sie ist sicher nicht allein auf Drängen der süddeutschen Kollegen zustande gekommen. Mansollte doch nun annehmen, daß man auch da, wo man Zweifel in diese Notwendigkeit setzte, gerechterweise erst abwartet, welche Früchte diese Neuerung zeitigt. Es ist aber nach drei Monaten kaum möglich, ein Urteil darüber abzugeben.

Der Antrag legt für Hamburg weiter Zeugnis davon ab, daß es nie bemüht war, sich ein klares Bild von den eigenartigen Verhältnissen in Bayern zu machen, denen der Hauptvorstand entschieden mehr Verständnis entgegengebracht hat. Wenn Hamburg und eventuell noch andre wünschen, daß alle bisher in Bayern geleistete Arbeit vernichtet wird, — und etwas andres haben sie nicht zu erhoffen, — so sollen sie diesen Antrag unterstützen.

Man hat im Norden — und teilweise auch mit Recht — den süddeutschen Kollegen schon oft den Vorwurf eines kleinlichen Partikularismus gemacht. Muß dieser durch solche Stimmen nicht aufs neue geschürt werden, und wird er dadurch nicht zum berechtigten?

Der Hauptvorstand hat auf der letzten General-Versammlung erklärt, den Eindruck bekommen zu haben, daß es in Bayern unter Umständen zu einer Sonderorganisation kommen könnte. So wenig wünschenswert dies für uns sein kann, die Annahme des Hamburger Antrages würde diese Befürchtung in die Tatsache umwandeln. Unsre bayrischen Kollegen hatten schon früher das Gefühl, Stiefkinder der Organisation zu sein. Die Erbitterung hierüber hat sich manchmal Luft gemacht. Sie würde erneut ausbrechen und dem Faß den Boden ausschlagen, wenn dem einseitigen Hamburger Antrage Folge gegeben würde. Schon heute werden unter den hiesigen Kollegen Stimmen laut, daß bei Annahme dieses Antrages sie nicht mehr länger dem A. D. G. V. angehören wollen.

Wenn schon Hamburg vorschlägt, einen Zuschuß bis zu 500 Mk. zu gewähren, so wird doch dadurch Bayern allein vorläufig nicht imstande sein, seinen Posten zu halten. Kollege Rolke wäre gezwungen, eine andre Existenz zu suchen. Und selbst wenn er in Bayern bleibt und weiter für uns tätig sein wollte, wo würde er nach all den harten Enttäuschungen die Arbeitsfreude hernehmen?

Man glaube nicht, daß wir für ihn eine Lanze brechen wollen, aber wir wissen, daß die Zahl derer, die als Ersatz für ihn in Frage kämen, nicht allzu groß ist, zumal ein norddeutscher Kollege — wenn an eine Transferierung gedacht würde — nicht in kürzester Zeit bayrische Sonderart kennen lernt. Dazu gehören Jahre, und dieses ist unerlässlich für eine erfolgreiche Arbeit im Süden. Es wird deshalb kein anderer Weg bleiben, als den betretenen weiter zu gehen, wenn sich die Gesamtorganisation nicht ins eigne Fleisch schneiden will.

H. Neumeister, München.

XIV.

Besondere Umstände veranlassen mich, Stellung zur kommenden Generalversammlung und den hierzu gestellten Anträgen zu nehmen, obwohl die Diskussion hierüber schon sehr erschöpfend gewesen ist.

Betrachten wir uns die gestellten Anträge, so sind es die Hamburger, welchen anscheinend Redaktion und Hauptvorstand schwer im Magen liegen und denen kleinliche Motive untergeschoben werden.

Wie liegt es nun in Wirklichkeit? Die Zeitung darf nicht verkleinert werden! Sehr gut! Die Zeitung ist ein sehr wichtiges Aufklärungsmittel für unsre jungen Kollegen. Denselben Standpunkt, die Zeitung als Aufklärungsmittel betrachtend, nehme auch ich ein. Nur bin ich der Ansicht, daß es sehr

leicht möglich ist, ein ganz Teil Artikel aus unsrer Zeitung herauszulassen, ohne uns in unsrer Aufklärungsarbeit zu hindern, z. B. die Artikel über Gewerkschaftskartelle, Arbeitersekretariate und dergleichen. Es ist nicht möglich, den neuneitretenden Mitgliedern diese Sachen gleich verdäulich zu machen; dies interessiert die Kollegen noch zu wenig und da helfen auch im Anfang alle Hinweise und Ermahnungen, die Zeitung ganz zu lesen, nichts. Haben wir die Kollegen erst einige Zeit in der Organisation, haben wir das gewerkschaftliche und politische Interesse zu wecken verstanden, dann werden diese Kollegen auch zur Arbeiterpresse greifen und diese bringt dieselben und ähnliche Artikel, desgleichen das Correspondenzblatt für die leitenden Kollegen.

Es ist meiner Ansicht nach ganz gut möglich, alle vierzehn Tage die Zeitung vierseitig erscheinen zu lassen. Kleinlich ist es jedenfalls nicht, dies zu beantragen und in die Praxis umzusetzen, wo wir im Begriff stehen eine Finanzreform großen Stils vorzunehmen, jedoch nicht in der Form, welche der Schnapsblock im Reichstage beliebte.

Die Unterstützungssätze sind auf jeden Fall zu hoch und deshalb ist der Antrag des Hauptvorstandes unannehmbar, welcher nur wenig Remedur schaffen würde. Hand in Hand geht da die Beitragsfrage. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es wohl möglich ist, über den 35 Pfg.-Grundbeitrag hinauszugehen, jedoch nicht obligatorisch, denn das würde uns meiner Ansicht nach bei der Agitation hinderlich sein. Die Hamburger Kollegen haben die Erhöhung des Beitrags vom obligatorischen Standpunkt aus angesehen, hiervon versprochen sie sich nichts Gutes, deshalb sind es großzügige Gesichtspunkte, welche die Kollegen leiteten bei ihren Anträgen, den Grundbeitrag nicht zu erhöhen.

Ich bin der Ansicht, daß vier Beitragsklassen möglich wären, I. Klasse 20 Pfg., II. Klasse 30 Pfg., III. Klasse 35 Pfg., IV. Klasse 40 Pfg. pro Woche. Die IV. Klasse käme nur für die Orte in Betracht, wo nach dem Gutachten der Agitationsbezirke, die Beitragserhöhung ohne Vereinsschädigung durchführbar wäre, die freiwillige 45 Pfg.-Klasse oder eine weitere zwangsweise Erhöhung der Beiträge über 40 Pfg. hinaus halte ich bei unsern Verhältnissen für undurchführbar. Sympathisch wäre mir der Antrag Dresden noch in einigen Teilen.

Beitragserhöhung, Herabsetzung der Unterstützungssätze sowie Einschränkung der Zeitung würden Geld in die Hauptkasse bringen, doch würde das noch nicht genügen, um für künftige Fälle gerüstet zu sein. Es ist nicht zu bestreiten, daß unsre Verwaltungskosten sehr hohe sind und es wohl möglich wäre, diese Kosten herabzusetzen und so einige tausend Mark mehr anzusammeln. Sind die Ausführungen des Kollegen Kummer in Nr. 29 d. Ztg. auch scharf, so sind sie doch berechtigt und geben die Empörung der Hamburger Kollegen wieder. Es kann meiner Ansicht nach nicht angehen, daß wir den fünften Teil unsrer Einnahmen für Beamtengehälter ausgeben. Der Standpunkt, daß einzelne andre Verbände noch mehr ausgeben, kann für uns nicht maßgebend sein, für uns kommt die Zweckmäßigkeitfrage in Betracht. Die Voraussetzungen, unter welchen in Dresden der zweite Beamte für den V. Bezirk bewilligt wurde, haben sich nicht erfüllt. Der Bezirk ist stationär geblieben, ja zurückgegangen. Zeigt sich uns nun, daß, trotz eines tüchtigen Beamten, die Entwicklung gegen früher nicht vorwärts gegangen ist, so ist es doch logisch richtig, den Posten zu streichen und das Geld zu sparen. Es wäre doch unvernünftig, ein verfehltes Experiment weiter fortzusetzen, wo wir so knapp bei Kasse sind.

Wie liegt die Sache im IV. Bezirk? Wäre die Dresdener Generalversammlung der Ansicht gewesen, daß unter solchen Organisationsverhältnissen Hauptvorstand und Ausschuß für diesen Bezirk einen Beamten anstellen würde, dann wäre jedenfalls keine Mehrheit für die Anträge, den IV. Bezirk betreffend, zustande gekommen. Wenn in allen den Orten, wie München und Bayern, zusammen, noch Beamte angestellt werden sollten, dann könnten wir unser blaues Wunder erleben. Den bayerischen Kollegen und dem Kollegen Rolke insbesondere kann ich den Vorwurf nicht ersparen, das Interesse der Gesamtorganisation außer Betracht gelassen zu haben.

Der Kollege Schmidt kommt nun wieder mit seiner finanziellen Rechenkunst und will beweisen, daß der Beamtenposten nicht teurer wird als früher. Mag sein! Das soll doch anders werden, indem der Bezirk jährlich nur 500 Mk. als Beihilfe bekommen soll.

Nun kommen die Stuttgarter Kollegen und beantragen einen siebenten Agitationsbezirk. Ich hätte nichts dagegen einzuwenden, wenn dadurch mehr an Agitation erreicht würde. Nur von Glück muß ich sagen, daß vorausahnend Hamburg den Antrag

stellt: Die nächste Geschäftsperiode keine Beamten anzustellen, denn sonst könnten wir das Schauspiel erleben, daß bald ein neuer Beamter auf der Bildfläche erscheint, denn erst der Bezirk und dann der Beamte.

Kollegen! So kann das doch nicht weiter gehen! Es ist notwendig, daß die Generalversammlung hier Beschlüsse faßt, welche Hauptvorstand und Ausschuß binden, denn sonst wird so uferlos weiter gewirtschaftet, daß wir in zwei Jahren abermals eine außerordentliche Generalversammlung brauchen, welche Geldmittel beschafft. Ich bin der Letzte, welcher einen Stein auf die Beamten wirft, aber ich kann es den Kollegen nicht verdenken, wenn sie empört sind, daß das Geld ausgegeben wird und für Lohnkämpfe nichts übrig bleibt.

Zu den sonstigen Anträgen in bezug auf Organisation und Agitation will ich mich nicht weiter äußern, da sie schon erschöpfend behandelt sind.

Zum Schluß noch eins! Sobald eine Generalversammlung in Sicht ist und Hamburg hierzu Anträge stellt, wird immer versucht, die Hamburger Anträge als unannehmbar, als schädlich hinzustellen. Es wird versucht, die Delegierten mit Mißtrauen zu erfüllen gegen Hamburg, die Hamburger treiben immer Opposition, immer protestieren sie! Diese Taktik ist sehr durchsichtig! Die Hamburger Delegierten sollen isoliert sein. So wurde es 1905 gemacht, so war es beliebt 1907 und so soll es, wie es scheint, diesmal wieder sein.

Ich will dies Verfahren einmal niedriger hängen. — Wir Hamburger lassen uns von sachlichen Motiven leiten, wir haben das Gesamtinteresse der Organisation im Auge und werden uns auch in unsrer Kritik nicht abhalten lassen; wir sehen im Hauptvorstande keine Institution, welche unfehlbar wäre wie der Papst. Die Anregungen von Hamburg in bezug auf Taktik und andre Sachen werden vom Hauptvorstand ja meistens abgelehnt, um nach einiger Zeit trotzdem vom Hauptvorstande durchgeführt zu werden.

Kritik ist besser als fortwursteln; wir wollen doch einmal vorwärtskommen, die verflossene Geschäftsperiode ist nicht sehr ermutigend, die Zunahme von einzelnen Bezirken ist weitgemacht durch Verluste der übrigen. Wir brauchen Geld für kommende Zeiten. Die Verteuerung der Lebensmittel wird immer drückender, das Unternehmertum organisiert sich immer besser, wir aber bleiben stehen und kommen nicht vorwärts. Das muß anders werden! Möge die Generalversammlung Beschlüsse fassen, die hier bessernd wirken, die Hamburger Anträge sind Mittel und Wege dazu.

C. Klus, Hamburg.

XV.

Großes Befremden wird wohl der Leitartikel in No. 28 unsrer Zeitung, der scharf gegen die Hamburger Anträge gehalten ist, nicht hervorrufen, da man es ja schon lange genug gewohnt ist, daß solches mit Vorliebe vom Redakteur unsrer Zeitung in ganz unverständlicher Weise gemacht wird.

Zu Punkt Tagesordnung soll eine organische Reihenfolge stattfinden. Es ist aber zur Genüge bekannt, daß eine Reihe von Anträgen nach den langen Sitzungen nicht mehr so gut bearbeitet werden, was nicht im Interesse der Organisation liegen kann und sich daher der Hamburger Antrag wohl rechtfertigt.

Was die Namensänderung anbelangt, kann man ja geteilter Meinung sein, da für gut gewerkschaftlich organisierte Arbeiter der Name wohl keine Bedeutung haben kann. Die Kosten spielen da unbedingt die größte Rolle und man sollte doch die Kasse nicht in dieser Zeit mehr belasten. Auf jeden Punkt einzugehen, würde zu weit führen.

Nun zu einem Hauptteil: Beamtenfrage. Kollegen! Dies ist wohl ein Punkt, mit dem man sich ernst befassen muß. Die Beamtengehälter betragen rund 18000 Mk.; daß diese Summe zu hoch ist, muß doch gewiß jedem Kollegen einleuchten. Dies ist doch ein Zustand, der nicht bestehen bleiben kann. Wir wollen eine gesunde finanzielle Lage schaffen. Gewiß soll den Beamten damit kein Vorwurf gemacht werden. Man sollte aber auch nicht an früheren Beschlüssen festhalten, die sich als unpraktisch erwiesen haben. Einen guten Beweis liefert der Antrag München, No. 89, einen Teil des III. Agitationsbezirks an den IV. abzutreten. Durch diesen Antrag würde ja dem III. Bezirk nur wenig zur Bearbeitung übrig bleiben. Den zweiten Beamten des V. Bezirks sollte man ohne weiteres fallen lassen, da ja die Hoffnungen, die man auf die Blumenstädte gesetzt hat, nicht eingetroffen sind. Diese Städte bringen uns genügende Beweise, warum wir hier gegen jede Beitragserhöhung gestimmt haben.

Wir zahlen heute in den meisten Städten einen Wochenbeitrag von 40 Pfg. Daran sehen wir doch eine große Opferwilligkeit. Diese sollte aber nicht

dazu benutzt werden, in der schwersten Krise, die wohl jeden Kollegen trifft, nicht mehr zu verlangen. Es heißt, daß die Kollegen größerer Städte einen schönen Lohn verdienen. Rechnen wir aber die Arbeitslosigkeit und die Tage, die wegen schlechten Wetters ausgesetzt werden müssen, ab, dann wird ein ganz andres Bild herauskommen. Es ist verfehlt, in dieser schlechten Zeit noch durch Erhöhung der Beiträge die Kollegen weiter zu belasten, da wir auch mit vielen verheirateten Mitgliedern zu rechnen haben. Ist es nicht als großes Opfer anzusehen, wenn Hamburg, das die zweitgrößte Ortsverwaltung ist, freiwillig auf einen großen Teil der Unterstützungen verzichtet, da sich doch aus unsrer Ortsverwaltung eine große Anzahl unterstützungsberechtigter Kollegen rekrutieren. Ganz selbstverständlich ist es aber, wenn gegen den Koblenzer Antrag Front gemacht wird, da es ja dann den Beamtenstab treffen würde.

Kollegen allerorts, lassen Sie sich nicht durch den Leitartikel in No. 28 der Ztg. verführen, studieren Sie fleißig die großzügigen Hamburger Anträge, die nur ein Produkt langjähriger Erfahrungen sind, die wohl den Hamburger Kollegen auch nicht vom Verfasser des Artikels abgesprochen werden können.

Carl Baur, Hamburg.

XVI.

Zu den Ausführungen des Kollegen Kummer, Hamburg, die am 17. Juli in unsrer Zeitung veröffentlicht wurden, sei einiges erwidert im Interesse des A. D. G. V., betreffs der Einziehung des Beamtenpostens im IV. Agitationsbezirk. Unsre Hamburger Kollegen wollen tüchtig sparen, um die Organisation in gute, widerstandsfähige, finanzielle Lage zu heben, was ich ja begrüßen kann. Aber allzuviel ist doch ungesund, und namentlich für die junge Organisation in Bayern. Wie es mir scheint, hat Kollege Kummer von dem schönen Bayernlande sehr wenig Ahnung, da er schreibt, die Arbeiten sollen beruflich tätige Kollegen ausführen. Ja, wir sind nicht in Hamburg, sondern in München, wo die Scharfmacherei viel größer ist als in Hamburg, wo die Organisation schon seit Jahrzehnten besteht. Was nützen uns die 500 Mark, die jährlich der IV. Bezirk erhalten soll, wenn sich kein Kollege findet, die Arbeiten zu übernehmen, da er ja jeden Augenblick gewärtig sein muß, seine Stellung zu verlieren, da sich unsre Arbeitgeber an die Organisation noch garnicht gewöhnen können.

Die Ortsverwaltung München würde auch schwerlich in der Lage sein, anstelle des Gauleiters einen geeigneten Kollegen ausfindig zu machen, der die Geschäfte im Interesse der Sache weiterführt. Die junge Organisation in Bayern ist nicht in der Lage, solche tüchtige Kräfte zur Verfügung zu stellen, wie die Ortsverwaltung Hamburg. Ein norddeutscher Kollege wird sich in unsre Lage schwer hineinfügen können, worüber Kollege Schmidt, Berlin und Kollege Kaiser, Frankfurt a. M., ein Urteil abgeben kann. Und betreffs der Agitation muß ich sagen, da ich ja nur in den größeren Städten Hamburg, Frankfurt a. M. usw. gearbeitet habe, ist die Agitation nirgends schwerer, wie in München, überhaupt in Bayern. Und mit unsrer bayrischen Kollegen ist garnicht so gut Kirschen zu essen. Aber allen Respekt vor den Bayern, Einigkeit ist da, und das hat ja auch die Einführung des 50 Pfg.-Wochenbeitrags bewiesen, der einstimmig angenommen wurde. Würde der Antrag Hamburg angenommen und der Posten in München eingezogen, so hat Hamburg ein sehr großes Loch in die Organisation hereingebracht, das wohl niemals wieder gut zu machen ist. Und im Interesse des A. D. G. V. wird wohl Hamburg den Antrag wieder zurückziehen, was das Vernünftigste wäre.

Betreffs Reglung der Unterstützungsfrage wollen wir es der Generalversammlung überlassen, die schon Mittel und Wege finden wird, zum Fortschritt unsrer Organisation.

Kurt Großmann, München.

XVII.

Nachdem seitens der Redaktion sowie von einigen Kollegen die Generalversammlung schon besprochen wurde, sehe ich mich veranlaßt, ebenfalls dazu Stellung zu nehmen. Vier Fragen sind es, welche die in der Zeitung geführte Diskussion hauptsächlich ausmachen, nämlich Erhöhung des Beitrags, Kürzung der Unterstützung, Verkleinerung der Zeitung und Streichung von zwei Beamtenposten. Zunächst Erhöhung des Grundbeitrags. Ein Antrag Chemnitz verlangt: Der bisherige Grundbeitrag ist um 5 Pfg. zu erhöhen. Die Erhöhung des Grundbeitrags ist bereits von verschiedenen Kollegen bekämpft worden; unter anderm schreibt Kollege Vogelmann-Coblenz im Hinblick auf unsern Antrag: „Seid Ihr Großstädter schon jahrelang in einer Provinzstadt tätig gewesen? Habt Ihr schon in

einer vom Klerus beherrschten Gegend jahrelang gekämpft und jeden Zentimeter breit Boden unter großen Opfern dem Feinde abgetrotzt?“

Zunächst muß ich bemerken, daß Chemnitz auch weiter nichts als eine Provinzstadt ist und steht in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse wahrhaftig nicht glänzend da. Zweitens haben wir hier auch unsern Klerus in Gestalt eines Lokalvereins; derselbe ist in dem Falle, die Kollegen zu verdrängen, genau so gefährlich wie der Klerus. Trotzdem glaube ich, daß sich eine Erhöhung des Beitrags ohne Gefahr durchführen läßt. In Coblenz scheint man ebenfalls auf eine Erhöhung des Beitrags zu drängen, aber, merkwürdigerweise, von oben her wird gebremst. Kollege Vogelmann begründet seinen ablehnenden Standpunkt damit, indem er auf den Nachwuchs hinweist. Nun, der Nachwuchs wird uns ja nicht über den Kopf wachsen.

Meiner Ansicht nach liegt das Übel, d. h. der Stillstand unsrer Organisation, nicht am Ausbleiben des Nachwuchses, sondern daran, daß uns derselbe immer wieder verloren geht. Dieser Punkt ist ja schon oft genug erörtert worden und ich will hier nicht näher darauf eingehen; am zweckmäßigsten ist wohl hier der schon oft gemachte Vorschlag, agitatorisch befähigte Kollegen mehr auf das noch unbearbeitete Gebiet zu dirigieren, um so auch dort Fuß zu fassen. Der Vorwand, daß in schlecht bezahlten Gegenden sich eine Erhöhung der Beiträge nicht einführen läßt, mag ja teilweise zutreffen. So habe ich zum Beispiel die Lokalvereine grade in solchen Fällen mit ihren niedrigen Beiträgen renommieren hören. Umsonst, ich weiß es aus Erfahrung, daß die Lokalvereine, um ihre großen Ziele zu erreichen, d. h. Saufabende, Kaffeeklatsch, Gans- und Heringessen zu veranstalten, noch Extrabeiträge erheben. Dies kommt noch viel teurer, als unser Wochenbeitrag von vielleicht 45 Pfg. Mit dem Klerus ist es nicht viel besser; ich war selbst einige Zeit Mitglied des Jünglingsvereins. Da werden neben dem niedrigen Beitrag viel freiwillige Gaben gesammelt, wie Innere und Äußere Mission, Blau-, Weiß-, Rot-, Schwarz-Kreuz usw., daß man, von diesem Standpunkte aus betrachtet, von hohen Beiträgen unsererseits nicht reden kann.

Sodann noch eins; während meines Aufenthalts in Cassel hatten wir unter anderm auch einige Kollegen als Mitglieder, die ein Monatsgehalt von sage und schreibe 60 Mk. ohne alles bezogen; aber grade diese haben ihren 40 Pfg.-Beitrag willig und gerne bezahlt. Und haben nicht die Münchner Kollegen, die gewiß auch nicht die bestentlohtesten sind, bereits dem 50 Pfg.-Wochenbeitrag zugestimmt? Ein Antrag Chemnitz verlangt allerdings die Unterstützung in der bisherigen Höhe zu belassen; ein Standpunkt, den ich persönlich nicht teile.

Unsre nächste Aufgabe ist, vor allen Dingen Geld in die Kasse zu schaffen, und eine Mitgliederflucht ist bei verminderter Unterstützung wohl nicht zu befürchten. Das von dem Kollegen Busch vorgeschlagene Unterstützungsreglement wird wohl vollkommen ausreichen. Sollte sich bis zur nächsten Generalversammlung unsre Finanzlage gebessert haben, läßt sich über die Erhöhung der Unterstützung immer noch reden.

Der Antrag Hamburg, die Ausgaben für die Zeitung zu vermindern, ist ebenfalls auf Widerspruch gestoßen mit der Begründung, daß die Zeitung fast das einzige Erziehungsmittel sei. Es mag dies zutreffen; im allgemeinen ist es jedoch so, daß der größte Teil der Kollegen die Zeitung überhaupt nicht liest. Zuzustimmen ist auch dem Antrag 88, München. Jedenfalls ist er zweckmäßiger als der Antrag 10, Coblenz. Ich erinnere an die von dem Kollegen Albrecht verfaßten Artikel in Sachen des Gemeindefacherverbandes. Ich will diesen Punkt hier nicht näher erörtern; aber ich glaube, die Kollegen, welche Interesse an derartigen Artikeln haben, sind zu zählen.

Was die Frage über die Streichung von zwei Beamtenposten anbelangt, so glaube ich, daß dieselbe wohl eine der heikelsten überhaupt ist. Ich möchte einen Vorschlag zur Güte machen und zwar so, daß eine Verminderung der Beamten nicht vorgenommen wird. Die Neueinteilung des fünften Bezirks ist etwa in folgender Weise vorzunehmen. Der Beamte in Dresden erhält Königreich Sachsen nebst Provinz Schlesien. Damit wäre der Antrag 19 zum Teil erledigt. Die Dortmunder Kollegen haben diesen Antrag wohl mit gutem Grund gestellt. Dem Beamten in Leipzig blieben dann noch Provinz Sachsen nebst Thüringen; so könnte auch den Wünschen der Erfurter Kollegen Rechnung getragen werden. Was gegen die Aufhebung von Beamtenposten spricht, ist, daß agitatorisch tätige Kollegen, d. h. noch im Berufe tätige, bei notwendigen Agitationstouren schwer zu kämpfen

haben. Haupthindernis sind die lange Arbeitszeit und die üblichen Maßregelungen. Zustimmung kann man jedoch dem Antrag 18, Hamburg. Zweckmäßig ist es ferner, befähigten Kollegen den Besuch der Gewerkschaftsschule zu ermöglichen und dieselben zu verwenden, um so eine Entlastung der Beamten durchzuführen. Augenblicklich liegt die Sache so: ist der Beamte in einem Orte beschäftigt, so geht im nächsten Orte alles drunter und drüber. Ziehen wir uns einen Stamm von agitatorisch tätigen Kollegen heran; sicher lassen sich dann größere Agitationstouren vermindern. Auch würden wir dann mit der heutigen Beamtenschaft vollkommen ausreichen, selbst wenn sich unsere Mitgliederzahl vervielfachen sollte. Einen lobenswerten Entschluß haben hier die Stuttgarter Kollegen gefaßt, sie wollen selbst agitieren. Das ist nicht überall so, vielfach kann man beobachten, wie die Kollegen die Sorge für Agitation dem Beamten überlassen. Allerdings haben die Ausführungen des Kollegen Schäfer-Stuttgart einen bitteren Beigeschmack, sie enthalten eine persönliche Spitze gegen den Kollegen Kaiser. Ich habe nicht die Aufgabe, den Kollegen Kaiser zu verteidigen. Aber zurufen möchte ich den Kollegen von Stuttgart, sich nicht durch diese Gründe in der Personenfrage leiten zu lassen. Habe ich es doch einmal während meines Aufenthalts im III. Bezirk erlebt, daß gegen Kaiser geltend gemacht wurde, er sei ja ein ganz guter Redner, aber er sei zu klein und habe nicht mal einen Schnurrbart. (Bei künftiger Ausstellung von Beamten ist dies zu berücksichtigen!)

Und noch eins, aus den Ausführungen des Koll. Busch hatte ich den Eindruck, er plane die Einführung eines Zentralarbeitsnachweises. Es ist aber kein diesbezüglicher Antrag gestellt worden. Und doch ist der Arbeitsnachweis in unsern Händen eine wichtige Waffe. Auch lassen sich damit sicher Unterstützungsersparnisse erzielen. Statt Unterstützung Arbeit zu gewähren, ist sehr wichtig und dienlich. Vielleicht kommt es auf der Generalversammlung zu einem solchen Beschluß.

A. Gast, Chemnitz.

XVIII.

Da sich nun mehrere Kollegen, hauptsächlich der größeren Verwaltungen, über den Ausbau unserer Organisation geäußert haben, so möchte ich im letzten Moment auf die Anregung des Kollegen Vogelmann-Coblenz, daß die kleineren Verwaltungen ihre Vorschläge den größeren Verwaltungen gegenüber kundgeben sollen, auch meine Ansichten einmal vorbringen. Die Generalversammlung steht nun vor der Tür und der Delegierten harret eine große Aufgabe; sie müssen Mittel und Wege finden, die unsre Gewerkschaft für die Zukunft auf eine Höhe bringt. Es muß mehr Geld geschaffen werden; nun fragt es sich aber, welches ist der beste Weg, den wir gehen können, Beiträge erhöhen oder die Unterstützungen herabsetzen. Meiner Ansicht nach müssen wir beides. Ich glaube, es wird auf garkeine großen Schwierigkeiten stoßen, wenn wir den Grundbeitrag von 35 auf 40 Pfg. erhöhen, da ja doch in den meisten Verwaltungen der 40 Pfg.-Beitrag schon bezahlt wird. Es soll aber damit keineswegs gesagt werden, daß man den 35 Pfg.-Beitrag ganz fallen läßt, sondern der kann ruhig beibehalten werden für rückständige Gebiete, wo wir noch keinen festen Fuß fassen konnten. Gegen den freiwilligen 45 Pfg.-Beitrag habe ich nichts einzuwenden. Es werden hier aber nur die größeren Verwaltungen in Betracht kommen.

Nun zum Unterstützungswesen. Wir können nicht anders handeln, als die Unterstützungssätze herabzusetzen und anders zu regeln. Die jetzige Form können wir auf keinen Fall beibehalten, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß wir diese Sätze nicht mehr halten können. Bei der jetzigen Form hatten wir eine große Zahl Mitglieder, denen es weniger um die Organisation als um die Unterstützung zu tun war. Diese hatten es hauptsächlich darauf abgesehen, ihre 52 Felder zu kleben, um dann 28 Mk. Unterstützung zu beziehen. Wir können aber keine Unterstützungs-Mitglieder gebrauchen, sondern wir müssen vor allen Dingen kampffähige Kollegen haben, die mit dem Gewerkschaftsgedanken durch und durch betraut sind. Es soll aber hiermit nicht gesagt werden, daß ich die Unterstützungseinrichtung ganz verwerfe, sondern es soll hierdurch nur denjenigen Mitgliedern, die die Organisation ausbeuten wollen, ein Ziel gesteckt werden, und deshalb trete ich für eine Verminderung des Unterstützungswesens ein.

Nun einige Worte über die Herrschaftsgärtner. Auch ich bin hier der Ansicht, daß die von den Kollegen Albrecht, Steinberg, Treumann und Vogelmann vorgeschlagene Trennung das Beste ist, was wir hier tun können. Nur auf diese Art ist es uns möglich, hier Erfolge zu er-

zielen. Auf keinen Fall bin ich aber dafür, daß die Beiträge für die Herrschaftsgärtner herabgesetzt werden. Dem Hauptvorstand soll es aber überlassen bleiben, in rückständigen Gebieten den Beitrag herabzusetzen. Wenn nun die Herrschaftsgärtner sagen, sie hätten eine gesicherte Existenz, sie brauchen keine Organisation, so ist das hinfällig; denn die Erfahrung hat uns gelehrt, daß auch diese Kollegen zu jeder Zeit arbeitslos werden können.

Zum Schluß will ich noch meine Ansichten über einzelne Anträge kundgeben. Den Antrag 8 (Hamburg) kann ich auf keinen Fall gutheißen, denn dies scheint mir, am verkehrten Platze gespart zu sein. Ist es doch unsre Zeitung, die die Gesamtorganisation zusammenhält, und müssen wir doch immer wieder sagen, grade die Zeitung ist es, die die Kollegen in den kleineren Ortsverwaltungen zusammenhält. An kleinen Orten sind nicht immer die guten Kräfte zur Verfügung, wie in den größeren Ortsverwaltungen. Diese haben nur die Zeitung, die aufklärend wirkt. Schon aus diesem Grunde ist es nicht ratsam, hier zu sparen; es muß vielmehr darauf gesehen werden, die Zeitung immer mehr auszubauen. Der Namensänderung der Organisation kann die Generalversammlung ohne Bedenken zustimmen. Wie der Hauptvorstand dazu kommt, den örtlichen Verwaltungen, wo keine Beamten sind, nur 15 Proz. der Einnahmen zu lassen, kann ich nicht begreifen. Mit diesem Satz können wir nicht auskommen. 20 Proz. der Einnahmen sollte man den örtlichen Verwaltungen lassen.

Hoffen wir nun, daß auf der Generalversammlung jeder Kollege nach Kräften mitarbeitet. So werden die Beschlüsse der Organisation sowie der Arbeitnehmerschaft in der Gärtnerei zum Wohl und Segen gereichen.

Fr. Waidelich, Homburg v. d. Höhe.

IXX.

Zur Privatgärtnerfrage.

Es drängt mich, zu diesem Thema, obwohl schon so viel darüber gesprochen wurde, auch ein paar Worte zu sagen. Bin selbst Herrschaftsgärtner und komme viel mit solchen Kollegen in Berührung. Jeder der Artikelschreiber darüber hat Recht, und grade die verschiedenen Ansichten hierüber besagen uns, daß wir ein schwieriges, fast undankbares Arbeitsfeld vor uns haben. Wir haben es hier nicht mit jungen Leuten zu tun, die sich einer momentanen Laune zufolge uns anschließen, denen aber die Einsicht und Überzeugung während der Mitgliedschaft beigebracht werden kann, sondern hier sind es ältere Leute, die sich wohl für die Ernährungsfrage interessieren, nicht aber mehr für den wirtschaftlichen Kampf. Hier tut es nicht mehr eine momentane Stimmung, etwa ein Referat, sondern zähe Einzelarbeit. Selbst dann, wenn die Überzeugung da ist, besinnt sich ein solcher Kollege noch lange, ehe er sich bindet und einer Organisation beiträgt.

Ich sage nicht, daß es gänzlich zwecklos sei, hier zu agitieren. „Wahrheit bricht sich immer Bahn.“ Doch der Erfolg steht nicht im Wert zur Kraftaufwendung. Deshalb nicht unnütze Kräfte vergeuden. Das beste Mittel ist, die junge Generation zu erziehen, die Überzeugten bleiben uns treu. Das beweist der Stamm von Mitgliedern unter den Herrschaftsgärtnern. Gedulden wir uns, bis der alte Stamm der Herrschaftsgärtner ausgestorben ist. Will man dennoch etwas tun, dann aber ja keine großen Unkosten. Man halte es wie mit den Bänderinnen, Sorge dafür, daß unsre Zeitung gelesen wird und gewähre daneben noch ein gutes Fachblatt, wie den Bänderinnen die Bindekunst. Nochmals: keine großen Unkosten, aber man suche auch keinen Verdienst. R. Gaber, Burg-Alsdorf b. Aachen.

Zur Beamtenfrage.

Die Diskussion zur Generalversammlung ist eine so lebhaft wie es seit 1902/03 nicht der Fall war. Es ist dies erfreulich, weil es beweist, daß unter den Mitgliedern großes Interesse an dem Ausbau der Organisation vorhanden ist, daß noch geistiges Leben herrscht. Daß die Kritik manchmal etwas ungemütlich wird, ist bedauerlich, aber es kommt dies bei jeder Diskussion vor. Es muß aber versucht werden, die Diskussion wieder sachlich zu gestalten und muß dies auch der Grundsatz eines jeden Mitarbeiters der Generalversammlung sein. Die Ursache, daß die Diskussion in diese Bahnen schlug, schiebe ich dem Artikel des Kollegen Albrecht zu, der verschiedene Anträge kleinlich nannte.

In der Agitation sind wir doch bestrebt, alles zu vermeiden, den Gegner irgendwie zu verletzen, wie durch Ausdrücke „dumm, indifferent“ usw. Grade so steht es mit der Diskussion. Das Wort „kleinlich“ hat doch zweifellos etwas Verletzendes an sich (d. h. für mich nicht) und sollte es vermieden werden, um so mehr, da doch alle Anträge aus dem

Bestreben hervorgegangen sind, der Organisation zu nützen. Daß diese oder jene Anträge nicht das Richtige treffen, ist doch selbstverständlich, sintemal wir alle Menschen sind. Wollen wir praktische Arbeit leisten, so ist es notwendig, ruhig, sachlich und unpersönlich zu diskutieren. Auf der diesjährigen Generalversammlung ist es mehr denn je notwendig, ruhige und klare Köpfe zu behalten.

Der Satz des Kollegen Kummer „Ist denn nicht jeder Angestellte eine finanzielle Belastung für die Organisation?“ zwingt mich, einige Worte über die Beamtenfrage überhaupt zu verlieren. Der Satz erweckt den Anschein (ich weiß wohl, daß es nicht die Ansicht des Kollegen Kummer ist), als wenn die Angestellten die Organisation nur belasten, Ballast wären, mit denen bald aufgeräumt werden muß. Tatsache ist nun aber, daß wir die Organisation garnicht ohne die Beamten aufrecht erhalten können. Die Arbeiten sind im Nebenamt nicht mehr zu bewältigen, die ganze Leitung muß eine einheitliche sein und darf nicht, wie es der Fall ist, wenn dieselbe im Nebenamt besorgt wird, alle Augenblick wechseln. Wie das wirkt, weiß jeder in der Organisation Erfahrung zur Genüge. Auch ist es wegen der fortgesetzten Maßregelung vonseiten der Unternehmer garnicht mehr möglich, dauernd Leute an der Spitze zu haben, die im Beruf arbeiten. Daher die Wut und die Hetze der Unternehmer gegen die Angestellten. Weil sie diese nicht mehr maßregeln können, verleumden sie die Beamten. Das sind die Gründe, welche uns und alle andern Gewerkschaften, ob freie, christliche oder Hirsch-Dunckersche, zu dem Beamtenamtssystem gezwungen haben. Es soll dies nicht jede und fortwährende Beamtenanstellung rechtfertigen, aber es muß auch gesagt werden, warum es so ist.

Es ist auch notwendig zu sagen, daß bei der Anstellung von Beamten die Mitgliedschaften selbst der treibende Teil sind, so 1906 in Leipzig, 1906 in Frankfurt, 1908 in München usw. Daß es dem Hauptvorstande äußerst schwer, manchmal unmöglich gemacht wird, den Mitgliedern die Unmöglichkeit klar zu machen ist doch natürlich. — Auch ist es garnicht inamer möglich, daß wir erst dann einen Kollegen anstellen, wenn die betreffende Gau- oder Lokalorganisation das Gehalt ziemlich allein tragen kann. Es ist dies vielmehr bis jetzt noch nirgends geschehen. Im Gegenteil, man stellte einen Beamten an, um die Organisation rentabel zu gestalten, wenn die Aussicht auf genügende Ausdehnung vorhanden war.

Hier gibt uns die Geschichte der Hamburger Organisation ein treffendes Beispiel. Die deutsche Gärtnervereinigung schritt 1902 in Hamburg als erste zur Anstellung eines Ortsbeamten. Die Gründe hierfür lese man in der Deutschen Gärtner-Zeitung Jahrgang 1902, Nr. 2, Seite 8 nach. Die Organisation war trotz aller Bemühungen in den letzten fünf Jahren nicht vorwärtsgekommen. Da versuchte man es mit einem Beamten. Bei einem jährlichen Markenumsatz von 7300 (nach heutiger Berechnung 185 Mitglieder) wurde dieser Schritt gewagt und stieg die Mitgliederzahl allmählich bis 1908 auf 790 mit 33000 Stück verkaufter Marken. Ähnlich ist die Beobachtung auch an andern Orten. Selbstverständlich ist, meiner Ansicht nach, wenn die Kalkulation bei Anstellung eines Beamten sich als falsch herausstellt, daß der Posten wieder aufgehoben wird.

Entgegen treten möchte ich auch der allgemeinen Ansicht, daß man als Gewerkschaftsangestellter goldene Tage verlebt und wenig zu tun hat. Diese Ansicht erklärt sich daraus, daß die meisten Mitglieder garnicht wissen, was überhaupt zu tun ist und was getan wird. Die große Mehrzahl der Kollegen ist auch garnicht in der Lage hierüber ein Urteil zu fällen. Dies soll kein Vorwurf sein, aber nach Lage der Dinge natürlich. Die Kollegen, die in die Organisationsarbeit eingeweiht sind, stellen auch derartige Behauptungen nicht auf. Ich mache mir seit zwei Jahren Aufzeichnungen über die Arbeiten, soweit diese überhaupt aufzuzeichnen sind. Lediglich deshalb, um ein Stück meiner Arbeitsleistung zeigen zu können. Für das erste Halbjahr 1909 ergibt sich hier folgendes: Im Büro wurden 1255 Kollegen, im Arbeitsnachweis 400 Kollegen abgefertigt in den verschiedensten Angelegenheiten. Eingegangen sind 1460 Postsachen, darunter 455 Briefe, 67 Pakete, 505 Karten, 344 Drucksachen und 89 Postanweisungen. Ausgegangen sind 2617 Postsachen, darunter 1764 Drucksachen, 494 Briefe, 290 Karten und 69 verschiedene Sendungen, außerdem wurden zirka 350 Zeitungspakete an die Bezirkskassierer in der Stadt befördert. Hektographiert wurden 75 verschiedene Zirkulare, Versammlungszettel usw., zusammen 7270 Stück. 85 Versammlungen und Sitzungen wurden besucht und 39 Referate gehalten. Jede Versammlung und Sitzung ist mit dem Weg auf 4 bis 5 Stunden zu berechnen.

Die Reineinnahme der Ortsverwaltung und des Agitationsbezirkes betrug 8299,86 Mk., die Ausgaben 8037,67 Mk. Es wurden 1205 Auszahlungen vorgenommen, 320mal wurde mit den Bezirkskassierern abgerechnet. Es reisten 420 Mitglieder zu, 236 ab. 920 Mitglieder sind zur Zeit vorhanden; für jedes Mitglied besteht eine Stamm-, eine Bezirks- und eine Kassiererkarte. Hinzu kommt der kolossale Wohnungswechsel der Kollegen, der immer registriert werden muß. Der Verwaltungsapparat besteht aus 5 Vorstandsmitgliedern, 12 Bezirksführern, 3 Sektionsleitern, 9 Referenten, 57 Bezirks- und Betriebskassierern und 10 Vorständen des Agitationsbezirkes. Hinzu kommen noch eine Menge anderer Erledigungen, die garnicht zu buchen sind und wird man nicht behaupten können, daß man hierbei von fauler Zeit reden kann.

Wenn nun behauptet wird, es gibt ein Teil Orte, die nicht so umfangreich sind, so ist zu erwidern, daß Hamburg früher auch nicht so groß war. Ich übernahm die Geschäfte mit 300 Mitgliedern und hatte damals doch die gleiche Arbeit. Mit dem Wachstum werden und müssen ein Teil Arbeiten andern Kollegen übertragen werden. Wir wollen kein Lob und keine Anerkennung, aber man soll gerecht sein und uns nicht sagen, daß wir nur dazu da wären, die Einnahmen zu verbrauchen. Das gibt unsern Gegnern willkommenes Material und stößt uns jungen unerfahrenen Mitglieder ab. Aus diesem Grunde diese Ausführungen.

Josef Busch, Hamburg.

Zum Ausbau des Beitrags- und Unterstützungswesens.

X.

Seitdem der Hauptvorstand seine Vorlage zur Generalversammlung veröffentlicht hat, ist die Frage des Klassenbeitrages und die Bemessung der Unterstützungen jeder Art, nach den Beitragsklassen, eifrig diskutiert worden. Abgesehen von einigen Abweichungen untergeordneter Natur haben sich bis jetzt die Artikelschreiber fast ausnahmslos im allgemeinen mit dem Grundcharakter der Vorlage des Hauptvorstandes einverstanden erklärt.

Ich persönlich kann einer solchen Vorlage gegenüber nur mein Bedauern aussprechen. Dies zolle ich aber auch allen denjenigen, die Veröffentlichungen in ähnlichem Sinne gemacht haben. Ausgerechnet soll nach all diesen Systemen im Falle der Arbeitslosigkeit jeder Kollege seine Heller wieder zurückerhalten, die er mehr in die Organisation gezahlt hat als sein Arbeitsbruder vermöge seines geringen Verdienstes an Beiträgen abgeben konnte. Ich würde gegen eine solche Klasseneinteilung der Arbeitslosen-Unterstützung nichts einzuwenden haben, wenn die Höhe derselben den Arbeitslohn auch nur annähernd ersetzen würde; aber, bei den gegenwärtig niedrigen Unterstützungssätzen, die für den Einen wie für den Andern nur die Bestreitung der allernotwendigsten Nahrungsmittel, die Erhaltung des Lebens bedeuten, da kann ich es mit den Grundsätzen der Organisation und meinem eignen sozialen Empfinden nicht in Einklang bringen, hier nach Klassen zurückzuzahlen. Weit mehr noch, als die Klassenteilung bei der Arbeitslosenunterstützung befremdet mich die Vorlage dort, wenn sich ein Mitglied in dringender Not befindet oder im Todesfalle, wo man zuerst nach der Klasse fragt, um festzustellen was es bekommt.

Auch bei Streiks, wo mit großen Anstrengungen alles unter die einheitliche Fahne der Solidarität zusammengerufen wird, wo die Führer unter Aufopferung ihrer ganzen Person mit allen Mitteln versuchen müssen, die Kollegen im einheitlichen Denken und Handeln bis zum Schluß des Kampfes zusammenzuhalten, auch in diesem Falle soll künftig die Unterstützung nach Klassen bemessen werden. Wohl muß man dort, wo der Streikende Frau und Kinder mitzuernähren hat, einen Zuschuß zahlen, aber bei den übrigen Teilnehmern verschiedene Maßstäbe zur Anwendung zu bringen, halte ich in solchen Augenblicken für höchst bedenklich und falsch.

In all diesen Erscheinungen sehe ich einen falschen Egoismus, das absolute Sorgen für sich selbst. Ich sehe den alten Idealismus mehr und mehr schwinden. Es will mir aber nicht scheinen, als ob unsere Organisation, die mit großer einmütiger Begeisterung hohe Aufgaben erfüllen soll, jetzt auf dem richtigen Wege ist. Wo sind all die schönen Grundsätze, wie „Einer für Alle und Alle für Einen“, wo sind die Früchte einer jahrelangen organisatorischen Erziehungsarbeit?

Für die Beitragsfrage mache ich folgende Vorschläge.

1. Der Grundbeitrag beträgt für alle Mitglieder der Organisation ohne Unterschied des Geschlechts 35 Pfg. pro Woche.

2. Die Unterschiede in der Beitragsleistung der Mitglieder werden durch den Ortszuschlag geregelt, wobei die Löhne zugrunde gelegt werden.

I. bis 16 Mk. Lohn pro Woche 30 Pf. Beitrag.
II. von 16—20 Mk. Lohn pro Woche 40 Pfg. Beitrag.
III. von 20—25 Mk. Lohn pro Woche 45 Pf. Beitrag.
IV. über 25 Mk. Lohn pro Woche 50 Pf. Beitrag.
Den einzelnen Verwaltungen steht es frei, die Lohnsätze nach ihren örtlichen Verhältnissen zu verschieben.

Ein Beschluß der Generalversammlung müßte lauten: Der Grundbeitrag beträgt 35 Pf. Die Löhne sind in allen Verwaltungen in vier Staffeln einzuteilen und hiernach die Ortszuschläge zu bemessen.

Es liegt bei Durchführung dieses Beschlusses im Interesse jeder Verwaltung dafür zu sorgen, daß jedes Mitglied in die ihm zustehende Staffel kommt.

Ich finde diese Methode einfach, gerecht und auf alle Verhältnisse anwendbar. Die meisten Orte werden mit drei Staffeln auskommen, ausgenommen die Großstädte, da nur wenig Kollegen mehr als 25 Mk. verdienen. Hierbei läßt sich auch sehr leicht ein Platz als Ausnahmestellung für Privatgärtner finden, ohne die Mittel der Gesamtorganisation in Mitleidenschaft zu ziehen. Diese Orte führen eben auch von den 30 Pf., die die Privatgärtner zahlen sollen, den ganzen Betrag an die Hauptkasse ab. Genau so wie wir dies heute schon bei den Blumengeschäftsangestellten haben.

Ferner bevorzuge ich die Methode noch aus folgenden Gründen: Man kann überall beobachten, daß für die Lokalkasse mehr Interesse wie für die Hauptkasse gezeigt wird. Es ist leichter einen Ortszuschlag durchzubringen, als der Hauptkasse einige Pfennige mehr zu bewilligen. Es besteht überall das Bestreben die Ortskassen zu stärken und darauf sollte der Hauptvorstand Rücksicht nehmen. Braucht die Hauptkasse mehr Geld und es kann anderweitig nicht beschafft werden, so tut man augenblicklich noch am besten, wenn man sich von den Vergütungen für Verwaltung solange wie möglich etwas zurückbewilligen läßt, aber nicht gleich den Grundbeitrag ändert.

In der Unterstützungsfrage schließe ich mich vorläufig dem Hamburger Vorschlag an. Dieser bietet dem zielbewußten Proletariat nach den Jahren seiner Mitgliedschaft eine angemessene Unterstützung. Die Vorlage zeigt eben, daß die Hamburger gut wissen worauf es ankommt. (In letzteren Sätzen liegt unsres Erachtens ein Widerspruch mit dem ganzen Sinne des Artikels. D. Red.)

Paul Kühne, Hannover.

Zur Zeitung.

Hamburg beantragt, die Zeitung abwechselnd einmal vier- und einmal achtseitig erscheinen zu lassen. Dieser Sparsamkeit kann ich nicht beitreten. Einmal, weil in vielen Verwaltungen oft das Austragen der vierseitigen Nummer unterbleiben würde, folglich nicht kassiert würde, und mit einem Schläge wäre vielerorts ein dreifacher Schaden entstanden. Weiter verliert die Zeitung an Wert, wenn sie nicht regelmäßig zugestellt wird, auch dann wenn sie nur halb ist, endlich gehen uns stets Beiträge verloren, wird auch nur einmal mit der Kassierung überschlagen. Dann obliegt der Zeitung auch eine bestimmte agitatorische Tätigkeit, und wer wird dann etwas mit einer halben Zeitung machen können.

Trotzdem bin ich aber sehr dafür, daß an der Zeitung in Zukunft gespart wird, selbst dann, wenn wir eine Finanzreform überhaupt nicht zu machen hätten. Soll das Quantum des bisher gegebenen Stoffes vermindert werden, so schlage ich ein kleineres Format vor mit einfacherem Papier. — Unsere Zeitung erfährt heute noch nicht die Würdigung in dem Leserkreise die ihr gebührt, die Mitglieder bekommen sie wie es heißt „gratis“ und gehen auch dementsprechend damit um. Wir dürfen unsere Zeitung nicht mit irgend einer Zeitschrift vergleichen, die sich jeder aus freier Entschließung abonniert und auch sammelt. Und grade in unserer Organisation mit ihrer Fluktuation werden heute noch enorme Summen verschleudert, die in der Zeitung verkörpert liegen. Man kann es darum begreifen, daß man jetzt ernsthaft daran geht, diesem Zustand abzuhelfen. Paul Kühne, Hannover.

Zur Abrechnung.

Der Hauptvorstand schlägt vor, künftig den örtlichen Verwaltungen einen gewissen Prozentsatz für Verwaltung zurück zu vergüten, anstatt wie bisher abzurechnen. Ich finde diese Art der Abrechnung einfacher wie früher, folglich genügend begründet. Auch für die Zukunft ist diese Abrechnung wertvoller. Sollte z. B. bei Veränderung der Lage früher

oder später mehr oder weniger Geld nach Berlin abgeführt werden, so ist dies rasch und übersichtlich durch Prozente ausgedrückt.

Orte ohne Beamte sollen 15 Prozent erhalten. Die Ortsverwaltung Hannover hätte bei 15 Prozent im letzten Jahre genau 100 Mark mehr abzuführen gehabt als nach der jetzigen Abrechnung, also eine erhebliche Verschlechterung für unsre Verwaltung. Trotzdem hätte ich dagegen nichts einzuwenden, wenn die Hauptkasse mehr Geld braucht, muß es geschafft werden; aber man muß auch dafür sorgen, daß alle Orte im gleichen Maße zur Aufbringung der Mittel herangezogen werden. Wäre dies der Fall, so müßte hier zur Finanzreform festgestellt werden, daß die neue Abrechnung eine Mehreinnahme für die Hauptverwaltung von 4 bis 5000 Mk. bedeutet, d. h. wenn alle Verwaltungen gleichmäßig herangezogen werden und das scheint nicht der Fall zu sein.

In der Vorlage heißt es ausdrücklich, daß die Orte mit Beamten mit 10 Proz. sehr günstig abschneiden. Wir schneiden sehr schlecht ab, und das ist ein Kontrast, den sich kleinere und mittlere Verwaltungen nicht gefallen lassen dürfen. Die Begründung des Hauptvorstandes, daß die großen Verwaltungen deshalb besser gestellt werden wie die kleinen, weil man hofft, daß es gelingen wird für einige Mitglieder den 45 Pfg.-Beitrag einzuführen, ist nicht stichhaltig.

Ich lege dann, wenn die neue Abrechnungsart mit 15 Proz. angenommen wird, der Generalversammlung die Frage vor, ob sie der Ansicht ist, daß kleine und mittelgroße Orte ebensoviel Verwaltungskosten haben, wie Städte mit über 300 000 Einwohnern. Selbst wenn 20 Proz. Verwaltungskosten vergütet werden, wird die Hauptkasse eine Mehreinnahme von über 1000 Mk. haben.

Wir verlangen von der Generalversammlung gleichmäßige Verteilung der Lasten und gleichmäßige Agitationsbedingungen für alle Verwaltungen. Paul Kühne, Hannover.

Zur Sektion der Privatgärtner.

Bei Würdigung der großen Unterschiede, die zwischen dem sozialen Empfinden und Denken der selbständigen Privatgärtner und den Kollegen aus der gewerblichen Gärtnerei bestehen, wird man die Gründung von Sektionen an Orten, wo eine genügende Anzahl dieser Kollegen vorhanden ist, fraglos als eine zweckmäßige Einrichtung bezeichnen müssen.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, taucht die Frage eigentlich garnicht mehr auf, wer zur Sektion gehört, ob Gehilfe, Arbeiter oder Frauen. Nach meiner Ansicht hat die Sache nur einen Sinn, will sagen, kommen wir den unter diesen Kollegen herrschenden Empfindlichkeiten am besten bei, wenn wir nur selbständige Privatgärtner als zur Sektion gehörig betrachten. Für die Bildung einer Branchensektion liegt m. E. kein Bedürfnis vor. Tauchen Fragen auf, die nur eine Branche angehen, so werden diesbezügliche Versammlungen abgehalten. Entweder werden dort, wo Aussicht für die numerische Entwicklung ist, Sektionen von selbständigen Privatgärtnern gebildet oder es bleibt der bisherige Zustand.

Eine Rolle spielte nur der Beitrag, den die Privatgärtner künftig zahlen werden.

Was bis jetzt zugunsten des niedrigen Beitrages gesagt worden ist, stimmt ganz genau, läßt sich aber auch ebensogut Wort für Wort auf jeden andern Kollegen anwenden. Auch diese Kollegen sind erst von Stufe zu Stufe gestiegen und haben schließlich doch einsehen lernen müssen, daß zwischen einem Lokalverein und einer modernen Organisation ein großer Unterschied besteht. Aber ich bezweifle sehr, daß grade in diesem Falle die Beitragsfrage das Ausschlaggebende ist. Wird meine Beitragsmethode angenommen, so kann es uns gleich sein, was man macht; die Verwaltungen tragen eben dann ihre Defizits selbst, die ihnen bei dem 30 Pfg.-Beitrag entstehen.

Im Falle der Ablehnung meines Vorschlages müssen alle Verwaltungen dafür sorgen, nicht den 30 Pfg.-Beitrag für Privatgärtner zuzulassen, um die Defizits aus allgemeinen Mitteln zu decken. Niemand kann verantworten, daß besser bezahlte Arbeiterkategorien mit den Groschen der sich in der gewerblichen Gärtnerei abplagenden Kollegen ausgehalten werden.

Gründet man die Sektion mit großen Konzessionen, so werden wir in der ganzen Periode ihres Seins Konzessionen machen müssen.

Wir werden so eine Luxussektion auf Kosten der Allgemeinheit schaffen, und dies kann nicht gut sein.

Solidarität von Allen müssen wir verlangen.

Paul Kühne, Hannover.

Bebel über die Gewerkschaftsführer.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer hat vor einigen Wochen ein Buch veröffentlicht, das für alle, die sich um die Arbeiterbewegung kümmern, sehr interessant ist und ganz besonders von den verschiedenen „Kritikern“ der Gewerkschaften gelesen werden sollte. Das Buch hat den Titel: **Der Kampf um die Arbeitsbedingungen.** Es wird darin der Kampf im Berliner Baugewerbe während des Jahres 1907 und die Tarifbewegung im Jahre 1908 behandelt. Den Schluß des Buches bilden 14 Anlagen, die die wichtigsten Dokumente der Tarifbewegung enthalten. Allgemeininteresse dürfte wohl die vorzügliche Rede begegnen, die der greise August Bebel am 20. April 1907 vor den Berliner Vertrauensmännern des Maurerverbandes gehalten hat. Die Rede ist in dem Buche ausführlich wiedergegeben. Wir zitieren daraus folgenden, auf den Seiten 31 und 32 stehenden Passus:

„Den Führern und Beamten der Gewerkschaften ist heute wiederholt der Vorwurf gemacht worden, daß sie die Beschlüsse, die die Mitglieder vor einer geramen Reihe von Monaten in bezug auf diese Forderung gefaßt hätten, nicht respektierten, daß sie jetzt abwiegeln und daß sie den Mitgliedern zumuten, auf diese Forderung zu verzichten. Es sind über diese Handlungsweise sehr harte Worte gefallen. Ich muß die Beamten in dieser Beziehung entschieden in Schutz nehmen. Das wären keine Führer, wenn sie nicht die Pflicht und Schuldigkeit empfänden, bevor sie in einen so schweren Kampf eintreten, noch einmal genau zu erwägen, ob die Situation dazu einigermaßen angetan ist, diesen Kampf mit Aussicht auf Erfolg führen zu können; ich betone ausdrücklich „einigermaßen“; denn bei keinem Kampfe, den die Gewerkschaften aufnehmen, wenn er auch unter verhältnismäßig günstigen Umständen aufgenommen wird, kann man sagen: der Sieg ist gewiß. Es hängt von den verschiedenen Umständen ab, die man nicht immer von vornherein übersehen kann. Wenn nun also die Führer der Gewerkschaften heute der Meinung sind, daß das, was vor Monaten sie selber angeregt und unterstützt haben, heute aus bestimmten Gründen undurchführbar sei, dann meine ich, sollte man ihnen daraus nicht einen Vorwurf machen, sondern ihnen im Gegenteil Anerkennung zollen; denn das beweist, daß sie es mit ihrer Verantwortung sehr ernst nehmen. Die Führer sollen nicht etwa sklavisch den Wünschen der Masse folgen, sondern sie sollen nicht allein die speziellen Zustände in dem betreffenden Gewerbe, sondern auch die allgemeinen Verhältnisse studieren und prüfen und danach entscheiden, ob gewisse Schritte getan werden können. Wenn ich bestimmte Forderungen stelle oder gar einen Kampf aufnehme, dann habe ich vorher das Terrain gründlich zu prüfen; ich muß wissen, wie die Umstände beschaffen sind, unter denen ich den Kampf aufnehmen kann. Das wäre ein schlechter, ja gradezu ein gewissenloser General, der seiner Armee empfiehlt, den Kampf aufzunehmen, wenn er mittlerweile die Überzeugung gewonnen hat, daß dieser Kampfnicht durchführbar ist.“

Bebels Rede war damals leider vergeblich; die Vertrauensmänner lehnten mit 74 gegen 22 Stimmen den zur Annahme empfohlenen Schiedspruch ab. Das Gleiche taten nachher die Maurer. Sie hatten nachher die Folgen zu tragen.

Diese Äußerungen sind nicht nur in dieser Hinsicht interessant, sondern zur Beurteilung der Beamtenfrage überhaupt. Auch die gegenwärtig bei uns zur Übung gewordene Bewegung, den Beamten das Recht zu beschneiden, auf der Generalversammlung als vollberechtigter Vertreter zu fungieren, indem man den Beamten nur beratende Stimme zukommen lassen will, hat in der ungeraten Beamtenhetze ihre Ursache. Mit allgemeinen Schlagworten, über deren Wirkung und Bedeutung sich viele Kritiker selbst nicht im klaren sind, verstößt man hierbei gegen die elementarsten Grundsätze der Arbeiterbewegung. Das Recht der freien Meinungsäußerung und Mitentscheidung muß auch den Beamten eingeräumt werden, die doch schließlich auch noch Mitglieder der Organisation sind.

Allerdings ziehen wir bei dem Recht der freien Meinungsäußerung eine bestimmte Grenze. Eine Grenze, die durch Rücksicht auf das allgemeine Wohl und Interesse der eignen Organisation, wie der gesamten Arbeiterbewegung geboten ist. Aus letzterem Grunde verzichten wir auch in der Zeitung auf eine Erwidrerung gegenüber der ständigen und zielbewußten Kritik, die von einigen Kollegen an der Tätigkeit des Hauptvorstandes, in Wirklichkeit an der Tätigkeit der in der Hauptverwaltung tätigen Beamten, geübt wird. Leitende

Personen einer Organisation müssen aus vorgenannten Rücksichten mit ihrer Meinung in bestimmten Fällen zurückhalten, so gerne sie auch schließlich selbst das Bedürfnis haben, in die Debatte mit einzugreifen. An geeigneter Stelle kann es aber nachgeholt werden.

Fragekasten.

Frage 64. Ist es vorteilhaft, beim Verpflanzen von Rhododendron und Jlex im freien Lande Hornspäne zu verwenden?

Frage 65. Welches ist das wirksamste Mittel zur Bekämpfung des Heu- oder Sauerwurmes beim Wein?

Frage 66. Welche Methode beim Pincieren von Pyramiden-Obstbäumen ist die beste?

Frage 67. Wie vertilgt man am besten Blut- und Blattläuse? Hat ein Kollege Erfahrung mit der Karboliumbehandlung bei Obstbäumen?

Korrespondenzen.

Cöln a. Rh. Franz Behrens in Cöln. Cöln sollte einen „großen Tag“ haben, der Reichstagsabgeordnete Fr. Behrens sollte die dortigen Kollegen mit der „christlichen“ Organisation und deren Aufgabe vertraut machen. Wäre der Saal nicht zum größten Teile von unsern Mitgliedern besetzt worden, Fr. B. hätte selbst im heiligen Cöln eine sehr miserable Versammlung gehabt, also selbst das „M. d. R.“ zieht nicht mehr.

Sein Vortrag enttäuschte allerseits. Das erste Viertel waren Phrasen; er erzählte von den vielen Feinden der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die diese seit ihrem Bestehen hüben wie drüben hätte, daß sie ferner auf christlich-nationalem Boden stehen, und keinen Utopien wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften nachlaufen. Und dann die alte Mär, die er anscheinend seinem Schüler Banner entlehnt hat: wer Sozialdemokrat ist, muß zu den freien sozialdemokratischen Gewerkschaften gehen, alle andern gehören in das christlich-nationale Lager. Wo die Feinde ringsum zu suchen sind, vergaß Fr. B. anzuführen; daß sie von der Geistlichkeit, von Behörden und Unternehmern unterstützt und großgepöbelt worden sind, erst recht (siehe christlicher Eisenbahnverband und Gärtnerverband aus letzten Jahren), was er unter christlich-nationalem Boden und freigewerkschaftlichen Utopien versteht, blieb gleichfalls sein Geheimnis. B. erklärte, er hätte sich den Grundsatz der englischen Genossenschaften zu eigen gemacht: „Arbeite und warte“, und das müßten auch die Arbeiter tun.

Die letzten Dreiviertel seines Vortrages war dann eine Selbstbeweihräucherung, wie wir sie von einem Referenten noch nie gehört haben. Ich, ich und immer wieder ich habe für die Gärtner seit 20 Jahren gearbeitet, unzählige Male geredet und was ich fernerhin noch alles tun werde. Doch liegt meine Tätigkeit jetzt auf einem andern Gebiet, und kann ich nur noch in der Gesetzgebung den Gärtnern dienen. (Entrüstungsrufe: Sprachenparagraph, Lebensmittelsteuern!) Weiter führte er aus, als ihm der Entwurf zur neuen Reichsversicherungordnung zugegangen war, hätte er unter den 1700 §§ zuerst die Gärtner gesucht, um zu sehen, wie diese bedacht waren, ebenso bei der Gewerbeordnungsnovelle etc.

Es gehört schon eine gewisse Portion Unverfrorenheit dazu, um nach den vorliegenden Tatsachen einer Versammlung von Gärtnergehilfen das alles plausibel machen zu wollen. Der weitere Verlauf der Versammlung hat Herrn B. dann auch bewiesen, was man von seiner Tätigkeit, besonders als Reichstagsabgeordneter denkt. Als ihm von uns seine schmähliche Haltung bei der Abstimmung über den berüchtigten § 7 des Vereinsgesetzes, über seine Stellung zur Erbschaftsteuer und zu den indirekten 500 Millionen-Mark-Steuern ins Gesicht geschleudert wurden, durchbraute ein Entrüstungssturm den Saal, wie Cöln ihn noch nicht erlebte. Selbst ein Teil seiner christlichen Freunde war da mit uns eins.

„Arbeite und warte“, deutscher Arbeiter, deutscher Gärtnergehilfe, schließe Dich Deiner gewerkschaftlichen Organisation an und erhöhe Deinen Lohn um 5 bis 10 Mk. im Monat, dann kommt der Reichstagsabgeordnete Fr. Behrens, der zugleich das geistige Haupt des „christlichen“ Deutschen Gärtnerverbandes ist und nimmt in Gemeinschaft mit seinen Freunden, den Konservativen, Dir diesen mühselig erkämpften Mehrverdienst durch 500 Millionen neue Steuern wieder ab.

Und wenn Du der Ansicht bist, gleich Fr. B., daß wir Deutschen ein großes Heer, eine starke Marine brauchen, die diese und noch eine Unmasse Millionen mehr an Steuern verschlingen, und die

dafür da sind, um möglichst viel Menschenleben zu vernichten, um Menschenwerke, Länder und Städte zu verwüsten, dann „arbeite und warte“, zahle Steuern, wähle und vertraue auf Fr. B. und seine Freunde, denn dann erst bist Du christlich und national.

Als nun die christliche Leitung merkte, daß in dieser Versammlung für sie keine Lorbeeren zu ernten waren, brachte man einen Antrag auf Schluß der Debatte ein, der mit den christlichen Stimmen abgelehnt wurde, denn man wollte diesen famosen Arbeiter-„Vertreter“ noch näher kennen lernen. Da packte Fr. Behrens seine Sachen und verduftete mit der Begründung, er müßte mit dem letzten Zuge fort, trotzdem am andern Morgen der christliche Gewerkschaftskongreß in Cöln begann.

Was Jacob Bach anbetrifft, der da erklärte, wir wollten doch die Kollegen nur unzufrieden machen, und alle die, welche nicht Sozialdemokrat sind und dennoch im A. D. G. V., das wären „Dümpel“, so kann man diesen Mann wirklich nicht mehr ernst nehmen. Er kann auch einfach nicht anders, die Cölnler Gärtner unter Führung von Jacob Bach dürfen eben keine Forderungen stellen, sie müssen immer schön zufrieden sein, wie er es immer war.

Und Herr Banner, der für seinen Herrn und Meister das Schlußwort sprechen wollte, mußte sich, ohne gehört zu werden, wieder setzen. Folgende Resolution wurde dann mit 42 gegen 25 Stimmen angenommen: „Nach dem Referate des Herrn Fr. Behrens, M. d. R., ist die Versammlung der Ansicht, daß der A. D. G. V. die Organisation ist, die die Interessen der arbeitnehmenden Gärtner vertritt.“ Bei einem solchen Abstimmungsergebnis sieht doch jedes Kind sofort, wo die Mehrheit ist, aber der Versammlungsleiter Chr. Müngersdorf, den unsre Kollegen ja von früher her in angenehmer Erinnerung haben, hatte die Kühnheit zu behaupten, die Resolution wäre abgelehnt. Er wurde aber eines Besseren belehrt.

So endete auch dieser Fischzug mit einem kläglichem Fiasko und unsre Cölnler Kollegen werden auch weiterhin dafür sorgen, daß den Berufsgegnossen die Augen über das Treiben eines Fr. B. geöffnet werden, der die Lebenshaltung des deutschen Volkes zu verteuern sucht, um sich nicht die Freundschaft der Konservativen zu verderben, die ihm sein Mandat verschafften. Um nicht bei der hohen Regierung anzustoßen, denn seine Pläne gehen noch weiter hinauf. Komisch wirkt es dann, wenn solch ein Mann sich hinstellt, wie am Samstag in Cöln und pathetisch ausruft: „Ich habe für die Gärtnergehilfen jahrelang gehungert!“ Zur Strafe will er sie jetzt wohl mit den Hungersteuern züchtigen.

Ein brausendes Hoch auf den A. D. G. V. schloß dann die imposante Versammlung, die uns bewiesen hat, daß die Zukunft der Cölnler Gärtnerbewegung uns gehört. H. Link.

Allgem. Deutscher Gärtnerverein.

Berlin N. 37, Metzger Strasse 3. Fernsprecher: Amt 3, 5382

Vorsitzender: Georg Schmidt.

Bei jedem schriftlichen Verkehr ersuchen wir um deutliche Angabe der Adresse des Absenders. (Name, Ort, Strasse und Hausnummer.)

Bekanntmachungen.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte

Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit

bekannt, daß mit Sonntag, den 1. August der 32.

Wochenbeitrag 1909 für die Zeit vom 1. August

bis 7. August 1909 fällig ist.

Die Wahlergebnisse der Delegiertenwahlen müssen bis spätestens 3. August 1909, vormittags, in Händen des Hauptvorstandes sein. Später Einlaufendes kann nicht berücksichtigt werden.

— Bezirksfest von Rheinland-Westfalen. Die Kollegen der auswärtigen Zweigvereine treffen sich am 1. August in der Zeit von 10 bis 1 Uhr im Gewerkschaftshaus in Solingen, Cölnerstr. Von dort geht's nach Schloß Burg, Münstgen zum Blumenfest in Ronsdorf im „Rheinischen Hof“. Beginn 7 Uhr. Liederbücher und Proviant mitbringen.

Inhaltsübersicht zu No. 31.

Spezialbetrieb und Arbeitskraft. — Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1908 III. — Ausbau der Arbeitsnachweise. — Unsrer Bibliotheken. — Organisationsfragen XIII bis XIX. — Zur Beamtenfrage. — Zum Ausbau des Beitrags- und Unterstützungswesens X. — Bebel über die Gewerkschaftsführer. — Fragekasten. — Korrespondenzen: Cöln a. Rh. — Allgem. Deutscher Gärtnerverein: Bekanntmachungen.

★ ★ Anzeigen-Teil. ★ ★

Die viermal gespaltene Peitzzeile oder deren Raum kostet 30 Pfg.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Dienstags früh.

Für den Anzeigenteil übernimmt die Redaktion nur die gesetzliche Verantwortung.

Bekanntmachung.

Zum ersten Januar nächsten Jahres ist hierselbst eine

Gärtnerstelle

zu besetzen. Dem Gärtner liegt die Unterhaltung der bestehenden gärtnerischen Anlagen und der Straßenbäume sowie die Herstellung neuer Anlagen ob.

Geeignete Bewerber wollen Gesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis zum 15. August ds. Js. an das Bürgermeisteramt einreichen.

Neben freier Wohnung w. eine Jahresentschädigung bis zu 1200 M. gewährt. Der Abschluß eines Arbeitsvertrages bleibt vorbehalten.

Haspe, den 17. Juli 1909.

Der Bürgermeister.

Für Gärtner.

Mein in Holzhausen b. Bismark Pr. S. gelegenes, villenartig erbautes

Wohnhaus

35 m Straßenfront an der Chaussee Bismark-Gardelegen, ev. 2-Wohnungen, mit schönem Hof, Einfahrt, Stallung, Scheune und etwa 1/2 Morgen großem Zier- und Obstgarten, beabsichtige für den Preis von 15000 M., bei 3-5000 M. Anzahlung, zu verkaufen.

Das Grundstück eignet sich besonders für Gärtner, Rentler, Viehhändler etc.

Michael, Holzhausen b. Bismark, Pr. S.

Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Aus Anlaß der General-Versammlung findet am

Sonntag, den 15. August, eine * Dampferpartie mit Musik * nach Restaurant Prinzenpark am Müggelsee statt.

Gärtner

verheiratet evtl. gut empfohlen zum 1. Oktober gesucht. Meld. mit Zeugnisabschr. erbittet

Rittergut Mentin, (1195) Post Marnitz (Mecklenbg.)

Chiffre-Briefe befördert die Expedition nur weiter, wenn die Einsender das Frankatur-Porto beifügen. Die Expedition.

Unsre in (1159/31) Borgsdorf b. Oranienburg

gelegenen Ländereien, bestehend aus ca. 25 Morgen Obst- u. Spargelplantagen, ca. 100 Morgen Ackerland nebst einem herrschaftl. Wohnhaus, Gärtner-Wohnhaus, Stallungen, Remisen u. Wirtschaftsgebäuden sind ganz oder geteilt

per sofort unter günstigen Bedingungen zu verpachten.

Näheres durch die

Neue Boden-Aktiengesellschaft

Berlin N.W., Mittelstr. 2-4, III.

Achtung für Gärtnereien!

Pr. geölten, nicht geteert, Strohmattefaden

p. kg 1,30 Mk.; stark als Aufzug p. kg 1,10 Mk. (1189/32)

Mechan. Seil-Fabrik

Neumarkt i. Schlesien P. HERZOG.

Gesucht zum 1. Oktober nüchtern, ordentlicher, verheirateter (1194)

Gärtner

der in Blumenzucht, Baumschulen und Obstplantagen gründlich erfahren ist. Bewerber wollen Zeugnisabschr. nebst Gehaltsansprüchen einsenden an Rittergut Wormsleben b. Eisleben.

Alle Sorten

Obst, Kartoffeln

kauft ständig zu höchsten Marktpreisen

Carl Westphal, Altona a. E. (1178/32) Landesprodukte

Grundstücks-Verkauf!

In der Nähe Leipzigs, 25 Minuten mit der Bahn, wird strebsamem, tatkräftigem (1196)

Gärtner

die Gelegenheit geboten, sich eine Existenz zu gründen durch den Ankauf eines Grundstücks. An 200 Obstbäume, hoch und niedrig, die vor 2 Jahren ausgepflanzt wurden. Größe 9260 qm. Mit Drahtgitter eingefriedet und bereits drei Brunnen vorhanden.

Der Ankauf kann bei ganz geringer Anzahlung erwirkt werden. Näheres durch den Landschaftsgärtner

Heinrich Mika,

Naunhof bei Leipzig, Langestraße 17.

Advertisement for S. Kunde & Sohn Dresden, Spezialfabrik für Gartenwerkzeuge. Includes illustrations of various garden tools like shovels, rakes, and pruners.



Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein.

Ortsverwaltung Remscheid-Ronsdorf

Am Sonntag, den 1. August 1909, abends 6 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Hebestadt, Ronsdorf:

Gr. Blumen- und Sommerfest des zweiten Bezirks

bestehend in Konzert, Theater, Pflanzenverlosung, humorist. Vorträge, Blumenpolonaise. Zum Schluß:

Tanzbeinschwingen.

Alle Kollegen nebst Damen von Auswärts sind herzlich willkommen. (1191)

Das Komitee.



Bei Bestellungen berufe man sich stets auf diese Zeitung.

Verkehrs-Lokale für Gärtner.

(In dieser Rubrik kostet ein zweizeiliges Inserat pro Vierteljahr 2,50 Mk. (vorausbezahlt). Dafür erhalten die Inserenten regelmäßig ein Exemplar der Zeitung zum Aushängen in ihrem Lokal.)

Barmen; Rest. Zur Reichspost von Robert Kämpfer, Unterbarmen, Alleestr. 42. Lok. d. Orts. Barmen-Elberfeld. Versammlung jeden 2. Samstag im Monat. (1022)

Cöln a. Rh., Restaurant Arenz, Weyerstr. 112. Vers. Samstag n. d. 1. u. 15.; daselbst Stellen-schweis u. Unterstützung. (1029)

Hamburg, Rest. Kling, Drehbahn 45, Arbeits-nachweis von 10-12 Uhr. (1037)

Steglitz, Verkehrslokal bei Fritz Romann, Steglitzer Gewerkschaftshaus, Schloss-Strasse 117, Verslg. Donnerstag n. 1. u. 15. (1048)